

Matthias Lieb

Bürgerschaftliches Engagement für den Umweltschutz in der Stadt seit 1970

Mainz – Wiesbaden – Freiburg im Breisgau

Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung | 22

Franz Steiner Verlag





Beiträge zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung

Herausgegeben von

Christoph Bernhardt (*geschäftsführend*), Beate Binder, Harald Bodenschatz,
Sybille Frank, Tilman Harlander, Martina Heßler, Wolfgang Kaschuba,
Friedrich Lenger, Dieter Schott und Clemens Zimmermann

Band 22

Bürgerschaftliches Engagement für den
Umweltschutz in der Stadt seit 1970
Mainz – Wiesbaden – Freiburg im Breisgau

Matthias Lieb

Franz Steiner Verlag

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der FAZIT-Stiftung

Umschlagabbildung: Alternativer Fastnachtsumzug in Wiesbaden, Februar 1982
(Foto: Klaus Koschwitz).

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes
ist unzulässig und strafbar.

Dissertation an der Technischen Universität Darmstadt, 2018

© Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2021
Layout und Herstellung durch den Verlag
Satz: Fotosatz Buck, Kumhausen
Druck: Druckerei Steinmeier GmbH & Co. KG, Deiningen
Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier.
Printed in Germany.
ISBN 978-3-515-13016-5 (Print)
ISBN 978-3-515-13017-2 (E-Book)

Dank

Die vorliegende Studie ist die leicht überarbeitete Fassung meiner Dissertation, die ich im März 2018 am Fachbereich Gesellschafts- und Geschichtswissenschaften an der Technischen Universität Darmstadt eingereicht und im September des gleichen Jahres verteidigt habe. Sie entstand im Rahmen der zwischen 2012 und 2016 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projektgruppe „Wege zur nachhaltigen Entwicklung von Städten“, die sich aus ForscherInnen der Geschichtswissenschaft, Sprachwissenschaft und Planungswissenschaft an der TU Darmstadt zusammensetzte.

Der interdisziplinäre Ansatz und der rege Austausch mit den KollegInnen haben stets dazu beigetragen, die eigenen Ergebnisse aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten und die Analyse zu schärfen. Für die angenehme Zusammenarbeit und schöne Zeit im gemeinsamen Projektbüro möchte ich mich besonders bei Viona Niemczyk und Michael Toyka-Seid bedanken. Letzterer war nicht nur der Dozent meines ersten Proseminars an der Universität, sondern gab mir später auch die Gelegenheit, als Studentische Hilfskraft die Stadt- und Umweltforschung kennenzulernen und wichtige Erfahrungen in der Projektarbeit zu sammeln. Nach Ende des Studiums mit ihm als Kollegen zusammenzuarbeiten, hat mich daher mit großer Freude erfüllt.

Ganz herzlich möchte ich mich bei meinem Doktorvater Jens Ivo Engels für das entgegengebrachte Vertrauen, seine Geduld und seine fortwährende Unterstützung bedanken. In guter Erinnerung sind mir die gemeinsamen Mittagessen, bei denen in angenehmer Atmosphäre der Stand der Recherchen besprochen und Fragen geklärt wurden. Drohte ich bisweilen bei der kleinteiligen Quellenauswertung den Fokus zu verlieren, boten seine scharfsinnigen Überlegungen und Ratschläge stets die nötige Orientierung und erweiterten den Blickwinkel um neue Perspektiven. Als ausgewiesener Kenner der Materie wusste er um den Aufwand, der teilweise zu betreiben war, um geeignete Materialien auch bei Privatleuten ausfindig zu machen und reagierte mit Verständnis, wenn einzelne Arbeitsschritte dadurch verzögert wurden. So war es mir dank seiner Hilfe möglich, mich auch nach Ende der Projektlaufzeit auf die Arbeit an dieser Studie konzentrieren zu können. Für diese Freiheit im Schreibprozess und die wichtigen Impulse für die Fertigstellung des Manuskripts bin ich ihm besonders dankbar.

Zu großem Dank weit über diese Arbeit hinaus bin ich Dieter Schott verpflichtet. Seit Beginn meines Studiums hat er mich auf dem akademischen Weg als Mentor und Lehrer begleitet und schließlich die vorliegende Arbeit als Zweitgutachter betreut. Mit

seiner stets freundlichen und offenen Art hat er mir nicht nur während meiner Tätigkeit als Studentische Hilfskraft wichtige Einblicke in das wissenschaftliche Arbeiten ermöglicht und mein Interesse für die Stadt- und Umweltforschung geweckt, sondern auch zum Gelingen des Studiums und der Promotion beigetragen.

Für die Quellenrecherche zu dieser Arbeit waren mir insbesondere die Stadtarchive von Mainz, Wiesbaden und Freiburg von großer Hilfe. An dieser Stelle gebührt mein Dank den MitarbeiterInnen vor Ort, die meine Suche nach den geeigneten Archivalien mit eigenen Ideen und Anregungen bereicherten und mich selbst bei komplizierteren Anfragen gern unterstützt haben. Neben den kommunalen Archiven profitiert die vorliegende Arbeit vor allem von der Auswertung von Beständen des vereinsgeführten Archivs für Soziale Bewegungen in Freiburg und vor allem den zur Verfügung gestellten Unterlagen untersuchter Initiativen und Gruppen sowie einzelner Privatpersonen. Nur durch ihre großzügige Bereitschaft, mir Einsicht in die Unterlagen zu gewähren, konnte das Unterfangen gelingen, die gewählte Perspektive „von unten“ in der Arbeit einzunehmen. Dafür bin ich ihnen sehr dankbar.

Bereits während meiner Zeit als Student habe ich die angenehme Atmosphäre am Institut für Geschichte der TU Darmstadt zu schätzen gewusst. Als Mitarbeiter und Doktorand hatte ich dort dann das Privileg mit vielen kompetenten und netten KollegInnen zusammenzuarbeiten, die die Entstehung dieser Arbeit zu verschiedenen Zeitpunkten mitgeprägt und begleitet haben. Die Gespräche, der gemeinsame Austausch und die gegenseitige Unterstützung haben immer wieder aufs Neue motiviert, angeregt und die Analyse geschärft. Vielen Dank: Sebastian Haumann, Swenja Hoschek, Sina Keesser, Ralf König †, Martin Mainka, Detlev Mares, Andrea Perthen, Kathrin Reichert, Isabel Schmidt, Silke Vetter-Schultheiß und Sandra Zimmermann. Besonders in der Schreib- und Korrekturphase waren es Volker Köhler, Nadja Thiessen und Anna Rothfuss, die mir mit ihren Anmerkungen, Überlegungen und Vorschlägen halfen, die Arbeit von der Rohfassung bis zum fertigen Manuskript weiterzuentwickeln. Nicht nur als WissenschaftlerInnen standen sie mir als kluge Köpfe zur Seite, sondern vor allem als verständnisvolle Freunde. Dafür möchte ich ihnen von ganzem Herzen meinen Dank aussprechen.

Dank eines Abschlussstipendiums der Fazit-Stiftung war es mir schließlich möglich, zum Ende der Promotion noch ohne finanzielle Sorgen neues Quellenmaterial zu sichten und gewinnbringend in die Arbeit einfließen zu lassen. Zudem hat die FAZIT-Stiftung die Veröffentlichung dieses Buches durch einen Druckkostenzuschuss maßgeblich unterstützt. Für die großzügige Hilfe möchte ich mich herzlich bedanken.

Im Mai 2019 wurde die vorliegende Studie mit dem Otto-Borst-Preis des Forum Stadt – Netzwerk historischer Städte e. V. ausgezeichnet. An dieser Stelle danke ich der Jury für die Auswahl und den Verantwortlichen des Netzwerks für die Einladung zur Internationalen Städtetagung nach Nördlingen.

Für die Aufnahme in die Reihe zur Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung bin ich vor allem Christoph Bernhardt als verantwortlichem Herausgeber zu Dank

verpflichtet. Beim Franz Steiner Verlag möchte ich besonders Katharina Stüdemann für die Realisation dieser Publikation danken.

Nun ist Wissenschaft nicht alles. Es sind vor allem FreundInnen und Familie, die das Leben auch und gerade während einer Promotion lebenswert machen. So möchte ich zu guter Letzt denen danken, die mich in den letzten Jahren motiviert, unterhalten, geerdet und unterstützt haben, die mit mir Freud und Leid, Hochgefühl und Niederlage geteilt haben und die für mich da waren, wenn ich sie brauchte. Lieben Dank an Euch: Andi, Che, Claudi, Dirk, Dominik, Kai, Lukas, Sabrina, Sven-Martin und meine FreundInnen auf der Gegengeraden.

Widmen möchte ich dieses Buch meiner Mutter Wilma Lieb. Ihre Liebe und Unterstützung begleiteten mich durch Studium und Promotion und ermöglichten beides.

Darmstadt, im Dezember 2020

Matthias Lieb

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	13
Untersuchungs- und Vergleichsstädte	15
Untersuchungszeitraum	17
Forschungslage	18
Methodischer Zugang	24
<i>Politischer Verhaltensstil</i>	24
<i>Inkorporierung und Normalisierung</i>	28
Quellen	29
Aufbau und Gliederung	31
1. Geschichte und Stadtentwicklung	39
1.1 Mainz	39
1.2 Wiesbaden	45
1.3 Freiburg	51
1.4 Zwischenfazit	52
2. „Entdeckung“ des Umweltschutzes	55
2.1 Umweltschutz als Regierungsprogramm	55
2.2 Freiburg	57
2.3 Mainz	72
2.3.1 <i>Rotocolor</i>	76
2.3.2 <i>Heinz Wald</i>	92
2.4 Zwischenfazit	95
3. Tier- und Naturschutz nach der ökologischen Wende	99
3.1 <i>DBV Mainz-Lerchenberg</i> – Gründung und erste Jahre	99
3.2 <i>Der DBV/NABU Mainz</i> unter dem Vorsitz von Frank-Eberhard Wilde	109
3.2.1 <i>Einbindung in den Verband</i>	113
3.2.2 <i>Verhältnis zu Behörden und öffentlichen Stellen</i>	115
3.2.3 <i>Austausch und Kontakt mit anderen Gruppen</i>	118
3.2.4 <i>Politik und Selbstverständnis</i>	122

3.2.5	<i>Vorstand, Mitglieder und Werbeaktionen</i>	125
3.2.6	<i>Neue Partnerschaften und Projekte</i>	129
3.3	Ausblick: Die Zeit nach Wilde	133
3.4	Zwischenfazit	136
4.	Umweltschutz wird alternativ	139
4.1	Von Wyhl nach Wiesbaden und Mainz	139
4.2	Die <i>BIU</i> und ihre Alternativen	141
4.3	Das linksalternative Milieu und die Neuen Sozialen Bewegungen	145
4.3.1	<i>Alternativpresse</i>	146
4.3.2	<i>Orte der Vernetzung</i>	150
4.3.3	<i>Alternativkultur</i>	153
4.4	Aktivitäten der Umweltgruppen	156
4.4.1	<i>Die Anfänge – Atomkraft in Mainz?</i>	156
4.4.2	<i>Radioaktives Wasser für Mainz und Wiesbaden?</i>	161
4.4.3	<i>„R(h)einwasser“</i>	164
4.4.4	<i>Luftreinhaltung</i>	170
4.4.5	<i>Waldsterben und die KMW</i>	174
4.4.6	<i>AKW Biblis</i>	182
4.5	Freiburg	199
4.6	Zwischenfazit	203
5.	Keine Startbahn West! Keine Hubschrauber in Erbenheim!	205
5.1	Startbahn West	205
5.1.1	<i>Vorgeschichte</i>	205
5.1.2	<i>BefürworterInnen und GegnerInnen</i>	206
5.1.3	<i>Phasen der Auseinandersetzung</i>	209
5.1.4	<i>Die Berichterstattung im Regionalblatt</i>	211
5.1.5	<i>Flugblätter und Aktionen gegen die Startbahn in Mainz und Wiesbaden</i> ..	215
5.1.6	<i>Wiesbaden – zur Rolle der Hessischen Landeshauptstadt</i>	218
5.1.7	<i>„Bombenstimmung“ auch in Wiesbaden</i>	222
5.1.8	<i>Bunter Protest durch LaLü und AMF-Chor</i>	224
5.1.9	<i>Am Scheideweg – wie weiter?</i>	226
5.1.10	<i>Sonntagsspaziergänge und Strebenknacken</i>	228
5.1.11	<i>Neue Argumentationsstrategien – AktivistInnen gegen die NATO- Startbahn</i>	230
5.1.12	<i>Selbstkritik</i>	234
5.1.13	<i>Kampf gegen die Trasse</i>	236
5.1.14	<i>Einweihung der Startbahn – Ende der Bewegung?</i>	240
5.2	Flughafen Erbenheim	248
5.2.1	<i>Stationierungspläne</i>	250

5.2.2	<i>Flugplatz Erbenheim – kommunales Streitthema</i>	252
5.2.3	<i>Die Wiesbaden Air Base auf landes- und bundespolitischer Ebene</i>	257
5.2.4	<i>Kommunalwahlen und Wechsel im Oberbürgermeisteramt</i>	261
5.2.5	<i>Truppenabzug statt -aufbau</i>	265
5.2.6	<i>Ausblick</i>	267
5.3	Zwischenfazit	268
6.	Politische Interessenvertretung – Wahllisten und Parteien	271
6.1	Einleitung	271
6.2	Wiesbaden	272
6.2.1	<i>Eine alternative Liste in Hessen?</i>	272
6.2.2	<i>Europawahl und Wiesbadener Grüne</i>	276
6.2.3	<i>Wiesbadener Liste (WiLi)</i>	279
6.2.4	<i>Kommunalwahl Wiesbaden 1981</i>	284
6.2.5	<i>Landtagswahlen Hessen 1982</i>	286
6.2.6	<i>Bundestagswahlen 1983</i>	292
6.2.7	<i>Neuwahlen im Hessen September 1983</i>	294
6.2.8	<i>Grüne Kommunalpolitik?</i>	295
6.3	Mainz	299
6.3.1	<i>Grünen-Kreisverband Mainz-Bingen</i>	300
6.3.2	<i>Kommunalwahlen Mainz 1984</i>	301
6.4	Freiburg	306
6.5	Zwischenfazit	310
7.	Umweltschutz und Umweltpolitik auf kommunaler Ebene	313
7.1	Einführung	313
7.2	Mainz	314
7.2.1	<i>Die Grüne Brücke</i>	314
7.2.2	<i>Städtische Natur- und Umweltschutzpreise in Mainz</i>	318
7.2.3	<i>Neues Personal – Umweltschutzdezernat und Umweltamt</i>	320
7.3	Wiesbaden	322
7.3.1	<i>Umweltausschuss und Tag der Umwelt</i>	324
7.3.2	<i>Städtische Preise für den Natur- und Umweltschutz in Wiesbaden</i>	329
7.3.3	<i>Stadtentwicklung im Zeichen des Umweltschutzes</i>	333
7.3.4	<i>Umweltamt</i>	340
7.4	Freiburg	344
7.4.1	<i>Öko-Institut</i>	347
7.4.2	<i>Kommunale Umweltpolitik in Freiburg</i>	349
7.5	Zwischenfazit	354

Fazit	355
Politik und Verwaltung	355
Frühe Initiativen und Gruppen	356
<i>DBV/NABU</i>	358
Bürgerinitiativen	360
Startbahn West	362
Die <i>Grünen</i>	364
Flugplatz Erbenheim	364
Politischer Verhaltensstil	365
Ausblick	365
Verzeichnisse	369
Abkürzungsverzeichnis	369
Zeitschriften und Zeitungen	371
Archivalien	382
Internetquellen und -dokumente	385

Einleitung¹

Deutschland gilt in vielerlei Hinsicht als Musterland des Umweltschutzes. Jedenfalls scheint das gesellschaftliche Bewusstsein für die Belange von Natur und Umwelt hoch. Nirgendwo sonst wird mit solcher Akribie der (Haus-)Müll sortiert. Auch angesichts der Debatten um die drohende Klimaerwärmung und den Atomausstieg ist das Thema allgegenwärtig.² Die Vermittlung eines grünen beziehungsweise ökologischen Images und vor allem der Verweis auf Nachhaltigkeit sind längst zu entscheidenden Standortfaktoren geworden. Entsprechende Anstrengungen, ein solches Image zu entwickeln, finden sich bei Unternehmen, vor allem aber auch bei Städten und ihren jeweiligen Verantwortlichen in Politik und Verwaltung.³ Umweltschutz und eine nachhaltige Stadtentwicklung stellen zentrale Themen und Aufgaben deutscher Großstädte dar und sind bisweilen gar zu Identifikationskriterien avanciert. Die Stadt Freiburg im Breisgau etwa rühmt sich als „Ökohauptstadt“ und „Green City“.⁴ Diese Zuschreibungen und jüngeren Entwicklungen lassen sich jedoch nur vor dem Hintergrund einer schon länger währenden Auseinandersetzung mit Fragen des Natur- und Umweltschutzes erklären.

Spätestens seit den Beschlüssen der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 sind die Kommunen ohnehin dazu angehalten, ihre langfristigen Planungen danach auszurichten, nachhaltige Strukturen zu schaffen.⁵ Neben sozialen Gesichtspunkten spielen dabei vor allem Maßnahmen zum Schutz der Umwelt, die sich oftmals in den lokalen Agenda21-Aktionsprogrammen wiederfinden, eine entscheidende

1 Teile der Einleitung auch in: *Matthias Lieb*, Bürgerschaftliches Engagement für den Umweltschutz in der Stadt – Eine Projektskizze, Darmstadt 2012 (Master-Thesis).

2 Zu Recht stellt Frank Uekötter dieses Großnarrativ infrage und belegt anschaulich, warum die Umweltgeschichte nicht zwangsläufig als Erfolgsgeschichte betrachtet werden kann und muss. Vgl. *Frank Uekötter*, Deutschland in Grün. Eine zwiespältige Erfolgsgeschichte, Göttingen 2015.

3 Vgl. *Goranka Rocco*, Unternehmerische und städtische Nachhaltigkeitsberichte: eine textologische-diskurslinguistische Betrachtung, in: *Jens Ivo Engels / Nina Janich / Jochen Monstadt / Dieter Schott* (Hrsg.), Nachhaltige Stadtentwicklung. Infrastrukturen, Akteure, Diskurse, Frankfurt a. M. 2017 (= Interdisziplinäre Stadtforschung, Bd. 22), S. 240–256 und *Viona Niemczyk*, Metaphern – Sprachliche Bauten städtischer Nachhaltigkeitskommunikation?, in: ebd., S. 223–239.

4 Vgl. hierzu Kapitel 7 dieser Arbeit.

5 Vgl. *Klaus Hermanns*, Die Lokale Agenda 21. Herausforderung für die Kommunalpolitik, in: Bundeszentrale für politische Bildung Online, 26.05.2002 [<https://www.bpb.de/apuz/25696/die-lokale-agenda-21>].

de Rolle.⁶ Doch nicht erst seit dem sogenannten „Erdgipfel“ von Rio stehen Themen wie die Reinhaltung von Luft und Wasser auf der städtischen Agenda,⁷ wie ein Blick auf verschiedene Problem- und Konfliktkonstellationen zeigt, an denen bürgerschaftliche AkteurInnen⁸ maßgeblich beteiligt waren. In den hoch verdichteten Städten waren und sind die Konflikte zwischen Wirtschaft, Wachstum, Natur und Umwelt besonders präsent. Sie bilden als Wohn- und Lebensorte sowie infrastrukturelle und wirtschaftliche Zentren Konzentrationspunkte, an denen Fragen der ökonomischen und ökologischen Entwicklung komprimiert aufeinandertreffen. Zugleich beheimaten sie unterschiedliche Milieus und Gesellschaftsgruppen, die ihrerseits spezifische Vorstellungen von Natur- und Umweltschutz und deren angemessener Umsetzung hegen und vorbringen.

Bemerkenswerterweise ist in historischer Perspektive über diese Phänomene nur wenig bekannt. Mit der vorliegenden Arbeit soll dieses Desiderat angegangen und das bürgerschaftliche Engagement im Umweltschutz in der Stadt untersucht werden. Es wird danach gefragt, *wie* der Schutz von Umwelt und Natur vor dem Aufkommen des Nachhaltigkeitsparadigmas zu Beginn der 1990er Jahre in Städten verhandelt wurde. Der Fokus liegt dabei auf den Einwirkungen *von unten* auf das kommunalpolitische System und die städtische Gesellschaft. Damit steht die Interaktion zwischen umweltschutzbezogenem Bürgerprotest sowie bürgerschaftlichem Umweltengagement auf der einen und den etablierten politischen und administrativen AkteurInnen auf der anderen Seite im Zentrum der Aufmerksamkeit. Es geht um die Fragen, *wie* Protest, bürgerschaftliches Engagement, aber auch die Arbeit der Parteien und Behörden hinsichtlich des Natur- und Umweltschutzes aussahen und *wie* diese Aspekte im städtischen Raum ausgehandelt wurden. Zugleich werden entscheidende Wegmarken in der Entwicklung des kommunalen Umweltschutzes ausgewiesen, die ihrerseits die Rahmenbedingungen für umweltpolitisches Engagement veränderten. Die untersuchungsleitende These dabei lautet, dass sich im Untersuchungszeitraum (ca. 1970–1990) insbesondere in den

6 Vgl. für eine städtische Initiative im Rahmen der Agenda21 unter anderem die Broschüre: *Umweltamt Wiesbaden* (Hrsg.), Wiesbadener Agenda 21. Handlungsprogramm für eine dauerhaft lebenswerte Stadt, August 2001. Hierin finden sich neben Überlegungen zu einer gleichberechtigten und toleranten Gesellschaft eben auch zahlreiche Referenzen zum städtischen Umweltschutz und zu Aspekten, die sich auf die stadtnahe „Natur“ beziehen.

7 Vgl. *Michael Toyka-Seid*, Sichtbares Wasser in Mainz und Wiesbaden. Vom städtischen Umgang mit einer umstrittenen Ressource im ökologischen Zeitalter, 1970–2000, in: *Engels/Janich/Monstadt/Schott*, Nachhaltige Stadtentwicklung, 2017, S. 75–97; *Frank Uekötter*, The Age of Smoke. Environmental Policy in Germany and the United States, 1880–1970, Pittsburgh 2009.

8 In der vorliegenden Arbeit wird bei Gruppenbezeichnungen diese Schreibweise genutzt, um darauf aufmerksam zu machen, dass stets Frauen und Männer gemeint sind. Ist die Zusammensetzung von Gruppen nicht klar nachzuvollziehen, wird die inklusive Schreibform genutzt, wenngleich davon auszugehen ist, dass insbesondere Politik und Verwaltung im Untersuchungszeitraum stark männlich dominiert sind. In Fällen, in denen bekannt ist, dass es sich bei einer Gruppe nur um Männer gehandelt hat, wird auf die männliche Form zurückgegriffen, um historische Geschlechterverhältnisse korrekt wiederzugeben. Bei der Verwendung indirekter Zitate wird ebenfalls die originale Form, in der Regel die männliche, genutzt.

Städten eine facettenreiche Landschaft von AkteurInnen und Gruppen herausbildete, die zwar sämtlich im Natur- und Umweltschutz engagiert waren, sich aber in ihrem Auftreten und Handeln, kurz: ihrem *politischen Verhaltensstil* bisweilen deutlich voneinander unterschieden. Mit dieser Pluralisierung der Verhaltensstile, so wird weiter angenommen, schufen sie Anknüpfungspunkte für unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen, sich mit umweltpolitischen Fragen auseinanderzusetzen und zu identifizieren, und trugen damit zur *Inkorporierung* und *Normalisierung* des Umweltschutzes auf verschiedenen Ebenen bei.

Diese Studie nähert sich den aufgeworfenen Fragen über in vielerlei Hinsicht interessante und ertragreiche Beispielstädte: die größtenteils nur vom Rhein getrennten Landeshauptstädte Mainz und Wiesbaden und die selbsternannte Ökohauptstadt Freiburg im Breisgau. Ziel dieser Anordnung ist es, sowohl gemeinsame Entwicklungslinien, Vernetzungen und Austauschprozesse zu identifizieren als auch nach stadtspezifischen Mustern der Beteiligung und Politikgestaltung zu fragen. Zum einen geht es dabei um die Frage, ob sich bestimmte Aspekte finden lassen, die speziell mit dem urbanen Raum und den dortigen institutionellen und gesellschaftlichen Dispositionen in Verbindung gebracht werden können. Zum anderen richtet sich der Fokus auf bestimmte Arrangements und Netzwerke, vor allem aber auf *politische Verhaltensstile*, die den Schluss zulassen, dass spezifische Aspekte einzelner Städte Einfluss auf die Ausprägung von Protesten sowie von Prozessen der *Inkorporierung* und *Normalisierung* haben.

Untersuchungs- und Vergleichsstädte

Die benachbarten Landeshauptstädte Rheinland-Pfalz' und Hessens, Mainz und Wiesbaden, bieten sich für eine solche Perspektive besonders an, da ihre Basisstrukturen einander ähneln und sie nah beieinander liegen, was sie mit vergleichbaren und bisweilen gar denselben Problemen im Umweltschutz konfrontiert. Beide Städte sind Anrainer des Rheins, weisen ähnliche Industrialisierungsgrade auf und verfügen neben einem dicht besiedelten Stadtzentrum über Stadtteile, die sich in die Fläche ausdehnen. Zugleich sind sie auf die Behauptung ihres eigenen Standortvorteils und wirtschaftlichen Fortkommens bedacht und verfügen aufgrund ihrer historischen Entwicklung auch über spezifische Eigenarten und Probleme. Beiden Städten kommt zudem als Sitz der jeweiligen Landesregierung eine besondere Rolle in ihrem Bundesland zu. So ist eine Anordnung gegeben, anhand derer sich kulturelle, soziale und politische Spezifika in den Protestkulturen und der politischen Entscheidungsfindung besonders gut identifizieren und analysieren lassen. Bewusst fiel die Auswahl auf zwei Städte mittlerer Größe, die zwar einen urbanen Charakter, aber zugleich eine überschaubare Anzahl infrage kommender Gruppierungen und Verbände aufweisen. Zudem liegen beide Städte zwar im dicht besiedelten Rhein-Main-Gebiet, das jeweilige Umland ist bisweilen jedoch ländlich geprägt. Daher ist davon auszugehen, dass verschiedene Arten von Problemen

des Natur- und Umweltschutzes von bürgerschaftlichen AkteurInnen identifiziert und verarbeitet werden. Dabei wird angenommen, dass sich im Verlauf des Untersuchungszeitraums unterschiedliche Formen der Auseinandersetzung mit diesen Themen ausgebildet haben, die sich in Bezug auf ihre Trägerschichten und deren *politischen Verhaltensstil* differenzieren und analysieren lassen. Auch wenn die betreffenden Gruppen, Initiativen und Verbände ein mutmaßlich übergeordnetes Ziel, den Schutz von Natur und Umwelt, verfolgten, wird erwartet, dass sie dabei spezifische Strategien anwandten, ihre Vorstellungen und Handlungen in jeweils eigene Rahmungen einbanden und auf unterschiedliche Weise mit Behörden und der Öffentlichkeit kommunizierten. In dieser Studie werden am Beispiel von Mainz und Wiesbaden einschlägige AkteurInnen und Akteursgruppen, die sich in den 1970er und 1980er Jahren im Natur- und Umweltschutz betätigten, aufgespürt und ihr jeweiliges Engagement beschrieben und analysiert.

Im Laufe der Recherchen und der Bearbeitung bedurfte die Auswahl der Untersuchungsstädte aus Sicht der Fragestellungen und Erkenntnisziele einer Erweiterung. Grund dafür war die fragmentarische Quellenlage zu bestimmten Aspekten der Arbeit zu den beiden Haupt-Fallstudien Mainz und Wiesbaden. Das Ensemble der Untersuchungsstädte wurde daher um eine weitere Stadt, Freiburg i. Br., ergänzt. Sie eignet sich als Vergleichsstadt, da sie in Bezug auf Größe, Einwohnerzahl und ihre Bedeutung als Oberzentrum vergleichbare Parameter aufweist und zugleich als Hochburg bürgerschaftlichen Engagements im Natur- und Umweltschutz gilt. Der Protest gegen das geplante Kernkraftwerk im nahe gelegenen Wyhl gilt als bedeutende Wegmarke der deutschen Umwelt- und Anti-AKW-Bewegung. Schon früh beteiligten sich daran auch Gruppen aus Freiburg. In der Folge bildete sich in der Stadt eine lebhafte Umweltbewegung, die bundesweit Maßstäbe setzte. Gleiches gilt für die kommunale Umweltpolitik. In diesem Zusammenhang wird auch zu klären sein, warum gerade Freiburg den Ruf einer Ökohauptstadt innehat – und nicht etwa Mainz oder Wiesbaden.

Anhand dieser dritten Fallstudie, die in ausgewählten Abschnitten der Arbeit einbezogen wird, lassen sich die Befunde zu den beiden anderen Städten kontrastieren. Dabei besteht nicht der Anspruch einer gleichwertigen Behandlung Freiburgs in den einzelnen Kapiteln der Arbeit. Im Zentrum stehen bewusst die Entwicklungen in den beiden Städten Mainz und Wiesbaden, denen in der Umwelt- und Bewegungsgeschichte bislang keine nennenswerte Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Im Gegensatz zu Freiburg galten und gelten sie weder als positive oder negative Beispiele kommunalpolitischer Leistungen im Umweltschutz noch als Hochburgen der Natur- und Umweltschutzbewegung. Aufgrund dieser Normalität stehen die im Folgenden beschriebenen Entwicklungen bis zu einem gewissen Grad auch exemplarisch für die Aushandlungsprozesse um den Umweltschutz in anderen vergleichbaren Großstädten. So leistet die vorliegende Arbeit einen Beitrag zur Stadtgeschichte in der Bundesrepublik, indem sie am Beispiel des Themenfeldes Umweltschutz die politische Kultur auf kommunaler Ebene in den Blick nimmt, gezielt die Städte als Schauplatz der Diskurse und Proteste untersucht und nach der materiellen Verortung lokalen Umweltengagements fragt.

Durch die intensive Beschäftigung mit verschiedenen Facetten politischer, sozialer und kultureller Entwicklungen in den beiden Untersuchungsstädten Mainz und Wiesbaden und der Umgebung trägt die Arbeit zugleich explizit zur lokalen und regionalen historischen Forschung bei.

Untersuchungszeitraum

Der Schwerpunkt der Betrachtung liegt auf den 1970er und 1980er Jahren. Die sozial-liberale Bundesregierung Brandts hatte 1969/1970 den Umweltschutz als Begriff sowie als politisches Thema aufs Tableau gebracht. In Kombination mit einer breiteren Medienberichterstattung und einem gesteigerten Interesse in der Bevölkerung kann diese Zeit als Entdeckungsphase des Umweltschutzes gelten.⁹ Nicht nur die kommunalen Politik- und Verwaltungsstrukturen waren gezwungen, auf dieses neue Politik- und Aufgabenfeld zu reagieren, sondern auch die (städtische) Gesellschaft griff die veränderten Begrifflichkeiten und Wahrnehmungen auf und entdeckte diese für sich. Nun waren die Probleme und Konflikte, die ab diesem Zeitpunkt mit dem Umweltschutz assoziiert wurden, freilich keine Neuheiten. Die Verschmutzung von Luft und Wasser etwa hatte schon zuvor bestanden und war auch bereits problematisiert worden.¹⁰ Dennoch brachte die ökologische Wende Anfang der 1970er Jahre signifikante Veränderungen in der Aushandlung solcher Themen und bei den beteiligten Akteursgruppen mit sich.¹¹

Die damit verbundenen Prozesse der Formierung und Aneignung des Umweltschutzes bei und in den Städten bilden daher den ersten chronologischen Schwerpunkt in der vorliegenden Darstellung. Die beiden folgenden Jahrzehnte – von den frühen Siebzigern bis zum Beginn der 1990er Jahre – waren in Bezug auf das bürgerschaftliche Engagement und hinsichtlich der Institutionalisierung des Umweltschutzes besonders einschneidend. Sie verdienen daher eine genauere Betrachtung. In den sich anschließenden Kapiteln und Abschnitten der Arbeit spielt vor allem die Dekade zwischen 1975 und 1985 eine exponierte Rolle. Dieser Schwerpunkt ergibt sich aus den zentralen Forschungsfragen und dem zur Verfügung stehenden Quellenmaterial. So gründete sich 1975 eine der ersten Bürgerinitiativen mit dem Schwerpunkt Umweltschutz in Mainz und Wiesbaden und gewissermaßen als vorläufiger Höhe- oder Endpunkt dieser Entwicklung zogen die *Grünen* 1985 in das Wiesbadener Stadtparlament ein und bildeten mit der *SPD* eine rot-grüne Koalition. Damit nimmt die Studie die drei zentralen Phasen der Umweltbewegung in den Blick, die allgemein zur Periodisierung überregionaler

9 Vgl. Franz-Josef Brüggemeier, Tschernobyl, 26. April 1986. Die ökologische Herausforderung, München 1998, S. 208–213.

10 Vgl. Hermanns, Die Lokale Agenda 21, 2002.

11 Vgl. Jens Ivo Engels, Modern Environmentalism, in: Frank Uekötter (Hrsg.), The Turning Points of Environmental History, Pittsburgh 2010, S. 119–131, hier S. 130 f.

Entwicklungen angeführt werden. Es handelt sich dabei zunächst um die Etablierung von „Umweltschutz“ als politischem Handlungsfeld (1969–1974). Darauf folgt eine Phase der Polarisierung zwischen Ökonomie und Ökologie (1975–1982) und abschließend die Institutionalisierung der Umweltbewegung (1983–1990).¹² Diese chronologische Systematik ermöglicht, verschiedene Formen bürgerschaftlichen Engagements zu erfassen. Anhand der einzelnen Fallbeispiele gilt es, diese modellhafte Einteilung kritisch zu hinterfragen und nach Spezifika zu suchen, die eine Kontrastierung und Erweiterung bedeuten.

Wenngleich sich die Darstellung vor allem auf die Zeit bis etwa 1985 konzentriert, werden an einigen Stellen der Arbeit bewusst Ereignisse und Prozesse aufgegriffen und eingebunden, die über die 1980er Jahre hinausgehen. Dadurch lassen sich längere Entwicklungslinien bis in die jüngere Vergangenheit und Gegenwart nachzeichnen und von dem Phasenmodell möglicherweise abweichende Beispiele identifizieren. Gerade durch die zeitliche Verankerung in der Entstehungsphase der Neuen Sozialen Bewegungen versteht sich diese Studie nicht nur als Beitrag zur Stadt- und Umweltgeschichte, sondern auch zur neuen Politikgeschichte. Obgleich der Fokus der Arbeit auf der kommunalen Ebene liegt, ist mit ihr der Anspruch verbunden, aktuelle Debatten der bundesrepublikanischen Zeitgeschichte aufzugreifen und mitzugestalten.

Forschungslage

Die facettenreiche Gestalt der Umweltgeschichtsschreibung bietet eine Fülle an erkenntnisversprechenden Forschungsfeldern. Immer noch ist sie ein Bereich der Geschichtswissenschaft, der sich im raschen Wandel befindet und eine Vielfalt an divergierenden Ansätzen und Ergebnissen mit sich bringt.¹³ Eine der Grundsäulen der umwelthistorischen Forschung stellt die Frage nach der Perzeption von Umwelt dar. Darunter fällt nicht zuletzt die Geschichte der Umweltpolitik und -bewegung.¹⁴ Dieser Themenkomplex war seit der Konstituierung dieses Forschungszweiges bereits

12 Vgl. *Karl-Werner Brand*, Umweltbewegung, in: *Roland Roth / Dieter Rucht* (Hrsg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt a. M. 2008, S. 219–244, hier S. 224–229.

13 Vgl. für eine Standortbestimmung der Umweltgeschichte: *Michael Toyka-Seid*, Auf der Suche nach dem Eigen-Sinn – die Umweltgeschichte zwischen Konsolidierung und Globalisierung, in: *Neue Politische Literatur* 53 (2008), S. 365–380, hier S. 365 f.

14 Vgl. *Donald Worster*, Transformations of the Earth: Toward an Agroecological Perspective in History, in: *The Journal of American History* 76 (1990), H. 4, S. 1090 f.

Gegenstand zahlreicher Abhandlungen. Deren Zuschnitte beinhalteten sowohl Studien regionaler¹⁵, nationaler¹⁶ als auch internationaler¹⁷ beziehungsweise vergleichender¹⁸ Art.

Hinsichtlich der Geschichte des deutschen Natur- und Umweltschutzes zwischen 1900 und 1980 lässt sich für die Zeit nach der Jahrtausendwende eine regelrechte Forschungswelle konstatieren. Mit dem Deutschen Kaiserreich und den damaligen Formen des Naturschutzes beschäftigte sich unter anderem Friedemann Schmoll.¹⁹ Ein weiterer Sammelband²⁰ von Joachim Radkau und Frank Uekötter aus dem Jahr 2003 nimmt sich der ideologischen Überformungen von Landschafts- und Heimatpflege sowie Naturschutz während des Nationalsozialismus an. Für die vorliegende Arbeit sind indes besonders die Veröffentlichungen zur bundesrepublikanischen Natur- und Umweltschutzgeschichte relevant. Gleichwohl konnte für die Nachkriegszeit bis in die 1960er Jahre hinein eine nicht zu unterschätzende Kontinuität in den Denkmustern der Heimat- und NaturschützerInnen aufgezeigt werden.²¹

Die staatliche Umweltpolitik in der Bundesrepublik ist in ihren Grundzügen gut erforscht. Eine 1994 erschienene Arbeit²², die stark rechtswissenschaftlich ausgerichtet ist, behandelt die Rolle des Staates bei der Schaffung des Umweltbewusstseins. Hans-Peter Vierhaus betont darin, dass das Thema Umweltschutz in einem Willensbildungsprozess von oben nach unten durch die Bundesregierung um 1970 zu einem öffentlichen Politikum geworden sei. Mittlerweile kann eine solch allzu einseitige Lesart bezüglich der Implementierung eines Umweltbewusstseins – ausgehend von der Regierung in Richtung Bevölkerung – nicht mehr geteilt werden. Dies ist unter anderem der Verdienst von Kai F. Hünemörder, der 2004 eine Veröffentlichung²³ vorlegte, die sich mit der Genese der Umweltpolitik in Deutschland beschäftigt und dabei ein ausgewoge-

15 Etwa: Frank Uekötter, *Naturschutz im Aufbruch. Eine Geschichte des Naturschutzes in Nordrhein-Westfalen 1945–1980*, Frankfurt a. M./New York 2004 (= *Geschichte des Natur- und Umweltschutzes*, Bd. 3).

16 Etwa: Sandra Chaney, *Nature of the Miracle Years. Conservation in West Germany, 1945–1975*, New York/Oxford 2008 (= *Studies in German History*, Bd. 8).

17 Joachim Radkau legte 2011 eine Weltgeschichte der Umweltpolitik und des Umweltengagements vor. Das äußerst umfangreiche Werk bietet neben aufschlussreichen Erkenntnissen zu den Entwicklungen in der Bundesrepublik und Europa Einblicke in Aspekte des Umweltschutzes- und -engagements unter anderem in Nord- und Südamerika. Durch den universalen Ansatz werden sowohl weltweit konstante Gemeinsamkeiten als auch Spezifika bestimmter Regionen und Länder erkennbar. Joachim Radkau, *Die Ära der Ökologie. Eine Weltgeschichte*, München 2011.

18 Unter anderem Christopher Rootes (Hrsg.), *Environmental Protest in Europe*, Oxford u. a. 2007.

19 Friedemann Schmoll, *Erinnerung an die Natur. Die Geschichte des Naturschutzes im deutschen Kaiserreich*, Frankfurt a. M. 2004.

20 Joachim Radkau / Frank Uekötter (Hrsg.), *Naturschutz und Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M./New York 2003.

21 Vgl. Chaney, *Nature*, 2008, S. 17–38.

22 Hans-Peter Vierhaus, *Umweltbewusstsein von oben. Zum Verfassungsgebot demokratischer Willensbildung*, Berlin 1994 (= *Schriften zum Umweltrecht*, Bd. 48).

23 Kai F. Hünemörder, *Die Frühgeschichte der globalen Umweltkrise und die Formierung der deutschen Umweltpolitik (1950–1973)*, Stuttgart 2004 (= *Historische Mitteilungen im Auftrag der Ranke-Gesellschaft*, Bd. 53).

neres Bild zeichnet. Trotz der hauptsächlichen Ausrichtung auf die politischen und administrativen Wahrnehmungen bezieht er auch die Rolle der Öffentlichkeit und der nichtamtlichen AkteurInnen ein. Ein Sammelband²⁴ aus dem Jahre 2006 nimmt den staatlichen Naturschutz in Deutschland in den hundert Jahren zwischen 1906 und 2006 in den Fokus. Der Schwerpunkt liegt hier allerdings auf der Zeit vor 1970.

Zudem gingen aus der historischen Forschung Studien hervor, die sich mit staatlichen und bürgerschaftlichen AkteurInnen auf Landesebene und deren Betätigungen im Natur- und Umweltschutz auseinandersetzen.²⁵ Deren Untersuchungszeiträume erstrecken sich jedoch weitestgehend auf die Frühphase dieser Entwicklungen. Die Gemeinsamkeit und der Verdienst dieser Darstellungen liegen entsprechend in der Betonung der Tatsache, dass die Beschäftigung mit Fragen des Natur- und Umweltschutzes nicht erst mit den 1970er Jahren einsetzte, sondern auf mehreren Ebenen eine bisweilen lange Tradition aufwies.

Mit seiner 2006 erschienenen Habilitationsschrift²⁶ greift Jens Ivo Engels diese Tradition auf und bettet sie in eine Darstellung ein, die über die Ökologisierungphase des Natur- und Umweltschutzes hinausgeht. Das zentrale Anliegen seiner Arbeit liegt in der Beantwortung der Frage, wie aus dem zunächst stark konservativ geprägten Feld des Naturschutzes die Umweltbewegung der 1980er Jahre wurde. Dabei greift Engels auf das Konzept des politischen Verhaltensstils zurück und wendet es in seiner Analyse auf die Natur- und Umweltschutzbewegung zwischen 1950 und 1980 an. Es ist der Versuch, die Mechanismen der Kohäsion der Umweltbewegung, die oftmals mit einer unübersichtlichen Struktur in Verbindung gebracht wird, zu beschreiben. Dabei geht es weniger um die Frage des Warum, d. h. um die Motive, die die Umweltbewegung antreiben, sondern vielmehr um das *Wie*.²⁷ Engels liefert mit diesem Ansatz eine stichhaltige Erklärung, die die Transformations- und Formierungsprozesse auf breiter Ebene erläutern kann. Wenngleich die aufgegriffenen Fallstudien bisweilen einen regionalen und lokalen Bezugsrahmen aufweisen, zielt die Analyse stets auf eine Darstellung zur gesamten Bundesrepublik ab. Die vorliegende Studie mit dem dezidierten Zuschnitt auf städtische und regionale Zusammenhänge versteht sich somit als nötige Präzisierung *und* Erweiterung. Dies gilt auch für den Untersuchungszeitraum, der in diesem Fall

24 Hans-Werner Frohn / Friedemann Schmoll (Hrsg.), *Natur und Staat. Staatlicher Naturschutz in Deutschland 1906–2006*, Bonn-Bad Godesberg 2006 (= *Naturschutz und Biologische Vielfalt*, Bd. 35).

25 Vgl. *Monika Bergmeier*, *Umweltgeschichte der Boomjahre 1949–1973. Das Beispiel Bayern*, Münster u. a. 2002; *Nils M. Franke*, *Zur Geschichte des Naturschutzes in Rheinland-Pfalz 1949–2000. Festschrift 25 Jahre Stiftung Natur und Umwelt*, Mainz 2005; *Almut Leh*, *Zwischen Heimatschutz und Umweltbewegung. Die Professionalisierung des Naturschutzes in Nordrhein-Westfalen 1945–1975*, Frankfurt a. M./New York 2006 (= *Geschichte des Natur- und Umweltschutzes*, Bd. 5); siehe auch *Uekötter*, *Naturschutz*, 2004.

26 *Jens Ivo Engels*, *Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950–1980*, Paderborn u. a. 2006.

27 Vgl. ebd., S. 12 und S. 20.

einerseits deutlich enger gefasst ist und zugleich über das Jahr 1980 hinausgeht. Es ist anzunehmen, dass sich so Spezifika herausdestillieren lassen, die erst durch den Zugang auf kleinere Einheiten erkennbar sind.

Während sich gegenwärtig innerhalb der Forschung der Trend zur Betonung des transnationalen Charakters der Umweltbewegungen und der Umweltpolitik konsolidiert,²⁸ blieb gerade die Betrachtung städtischer Bewegungen und Gruppen sowie kommunaler Natur- und Umweltschutzpolitik weitgehend aus. Ein Grund hierfür liegt zweifellos in der bisweilen prekären Quellenlage auf diesem Gebiet. Doch die städtische respektive kommunale Untersuchungsebene verspricht große Erkenntnisgewinne, die sich nicht zuletzt aus der räumlichen Nähe von VerursacherInnen und Betroffenen von Umweltbelastungen ergeben. Diese Nähe bedingt nicht nur Konflikte, sondern birgt zugleich Chancen zur Problemlösung.²⁹ Obwohl viele Kompetenzen bei Landes- und Bundesstellen liegen, waren und sind Städte wichtige Bezugspunkte in der Auseinandersetzung um Formen und Durchsetzungen natur- und umweltpolitischer Maßnahmen und zugleich Betätigungsfeld umweltbewegter Gruppen.³⁰ Die Fokussierung auf diese Ebene erlaubt es, verschiedene Strömungen des Engagements im Natur- und Umweltschutz an einem Schauplatz über einen längeren Zeitraum zu untersuchen. Im städtischen Nahraum treffen sie aufeinander, bilden Bündnisse und Netzwerke, grenzen sich ab. Zugleich ist es mit diesem Zuschnitt möglich, die Transformationen einzelner AkteurInnen und Akteursgruppen im Detail zu studieren. Während die großen Entwicklungslinien in der historischen Forschung zum Umweltschutz und der Natur- und Umweltschutzbewegung bereits offengelegt wurden, wurde eine empirische Überprüfung und Nuancierung auf städtischer Ebene bislang nicht vorgenommen. Hier setzt die vorliegende Arbeit an und widmet sich den Facetten bürgerschaftlichen Engagements in der Stadt.

Bewusst wird in diesem Zusammenhang auf die Nutzung des normativ aufgeladenen Begriffes der Zivilgesellschaft verzichtet. Ute Hasenöhrle kommt in ihrer 2011 veröffentlichten Dissertationsschrift³¹ zu dem Schluss, dass eine Analyse anhand des Konzepts der Zivilgesellschaft zwar durchaus vielversprechende Ergebnisse liefern kann, warnt

28 Vgl. *Thorsten Schulz-Walden*, *Anfänge globaler Umweltpolitik. Umweltsicherheit in der internationalen Politik (1969–1975)*, München 2013 (= Studien zur internationalen Geschichte, Bd. 33); *Jan-Henrik Meyer / Astrid Mignon Kirchoff* (Hrsg.), *Global Protest against Nuclear Power. Transfer and Transnational Exchange in the 1970s and 1980s*, *Historical Social Research* 39 (2014), H. 1; *Andrew Tompkins*, *Better Active than Radioactive! Transnational Anti-Nuclear Protest in 1970s France and West Germany*, Oxford 2016.

29 *Jochen Hucke*, *Kommunale Umweltpolitik*, in: *Roland Roth* (Hrsg.), *Kommunalpolitik. Politisches Handeln in den Gemeinden*, Opladen 1994, S. 474–489.

30 Vgl. *Gisela Müller-Brandeck-Bocquet*, *Die institutionelle Dimension der Umweltpolitik. Eine vergleichende Untersuchung zu Frankreich, Deutschland und der Europäischen Union*, Baden-Baden 1996, S. 172.

31 *Ute Hasenöhrle*, *Zivilgesellschaft und Protest. Eine Geschichte der Naturschutz- und Umweltbewegung in Bayern 1945–1980*, Göttingen 2011 (= *Umwelt und Gesellschaft*, Bd. 2).

aber zugleich vor einer Überladung durch die Hinzunahme des normativ ausgerichteten Gemeinwohlaspekts. Dieser sei nämlich besonders in Natur- und Umweltschutzkonflikten häufig zum Zwecke der Legitimierung angeführt worden und könne daher nicht zweifelsfrei mit rein emanzipatorischen Werten in Verbindung gebracht werden. Sie plädiert daher für eine wertneutrale Kategorie, die sich vor allem daran orientiert, ob das Handeln der Akteure auf private oder kollektive Güter abzielt.³² Um einer solchen normativen Aufladung der Analyse entgegenzuwirken, wird in der vorliegenden Arbeit in der Regel von *bürgerschaftlichem Engagement* gesprochen. Damit ist es gleichfalls möglich, ein breites Spektrum an Organisations- und Aktionsformen zu erfassen, ohne diese zu bewerten und sie aufgrund begrifflicher Zuschreibungen bereits vor der Analyse mit dem mutmaßlichen Einsatz für das Gemeinwohl zu verbinden.

Der Bedeutungsgehalt der politischen, sozialen und gesellschaftlichen Veränderungen, die mit den 1970er Jahren in der Bundesrepublik einsetzten, war und ist in der zeitgeschichtlichen Forschung ein wiederkehrendes Thema. Dabei hat sich die Tendenz durchgesetzt, diesen Übergang und die damit einsetzenden Entwicklungen zu betonen.³³ Aus Sicht des Anliegens dieser Arbeit sind vor allem zwei historische Phänomene in diesem Zusammenhang relevant: zum einen die Herausbildung eines linksalternativen Milieus und zum anderen die Entfaltung der sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen. Zum linksalternativen Milieu hat Sven Reichardt mit seiner Habilitationsschrift von 2014 eine umfassende Übersicht über die Entwicklungen der 1970er und 1980er Jahre vorgelegt und sich dabei vor allem auf den Habitus und das Verhaltensrepertoire im Alternativmilieu konzentriert.³⁴ Mit der vorliegenden Arbeit wird in den entsprechenden Abschnitten Reichardts Forschung aufgegriffen und durch Befunde zu den Untersuchungsstädten Mainz und Wiesbaden und der Vergleichsstadt Freiburg erweitert. Politisch wirkungsmächtig wurden die Mitglieder dieses Milieus vor allem in Form ihrer Partizipation in den Neuen Sozialen Bewegungen. Diese wiederum waren allerdings politisch deutlich facettenreicher aufgestellt, so dass das linksalternative Milieu zwar ein bedeutender Nährboden für die Sozialen Bewegungen, aber in der Regel nicht deren alleiniger Träger war.³⁵

Die Beschäftigung mit den (Neuen) Sozialen Bewegungen besitzt besonders in der soziologischen und politikwissenschaftlichen Forschung eine lange Tradition, die be-

32 Vgl. ebd., S. 486 f. Die Autorin befasst sich in einem Diskussionspapier ausführlicher mit dieser Thematik und kommt zu ähnlichen Schlüssen. Vgl. dazu: *Ute Hasenöhrle*, *Zivilgesellschaft, Gemeinwohl und Kollektivgüter*, Discussion Paper SP IV 2005–401, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) 2005. Vgl. zur Problematik des Begriffs Zivilgesellschaft auch *Engels*, *Naturpolitik in der Bundesrepublik*, 2006, S. 19.

33 Vgl. *Anselm Doering-Manteuffel* (Hrsg.), *Vorgeschichte der Gegenwart. Dimensionen des Strukturbruchs nach dem Boom*, Göttingen 2016; *Konrad Hugo Jarausch* (Hrsg.), *Das Ende der Zuversicht? Die siebziger Jahre als Geschichte*, Göttingen 2008.

34 Vgl. *Sven Reichardt*, *Authentizität und Gemeinschaft. Linksalternatives Leben in den siebziger und frühen achtziger Jahren*, Berlin 2014.

35 Vgl. ebd., S. 15 f.

reits in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in einschlägige Veröffentlichungen mündete und bis in die jüngere Vergangenheit die Erstellung breit angelegter Studien anregte.³⁶ In der Folge wurden diese frühen Ansätze weiter geschärft und insbesondere auch auf die Umweltbewegung angewandt. Ein großer Verdienst liegt in diesem Zusammenhang in der Systematisierung der bisweilen diffusen Landschaft aus Bürgerinitiativen, Verbänden, Organisationen und Vereinen, die sich im Laufe der 1970er Jahre gebildet beziehungsweise transformiert hatten.³⁷ Die analysierten Gruppen und AkteurInnen in der vorliegenden Arbeit lassen sich grundsätzlich innerhalb dieser Kategorien, die sich unter anderem aus der Organisationsstruktur ergeben, zuordnen und widersprechen im Großen nicht den Befunden der soziologischen Forschung. Über eine grobe Orientierung hinaus wird jedoch von einer stärkeren Einbeziehung modell- und prozesshafter Erklärungsmuster aus diesem Bereich abgesehen und mehr Gewicht auf die Darstellung und Analyse der empirischen Ergebnisse zu den Fallstudien gelegt. Mithin steht also weniger die Frage im Mittelpunkt, wie sich die einzelnen Akteursgruppen innerhalb der Muster der Bewegungsforschung einordnen lassen, sondern vielmehr, wie und wo sich die AkteurInnen durch ihre Handlungen und ihr Auftreten – kurz: ihren *politischen Verhaltensstil* – im Laufe des Untersuchungszeitraums selbst verorteten und was sich daraus ableiten lässt. Dies bedeutet weniger einen Gegensatz als vielmehr eine andere Perspektive. Entsprechend wird der im Folgenden vorgestellte methodische Zugang auch innerhalb der Forschungslandschaft zu den Sozialen Bewegungen als gewinnbringender Ansatz gewertet.³⁸

In Anlehnung an Ute Frevert versteht sich diese Studie mit dem Verweis auf das Politische auch abseits der etablierten politischen Arenen und Verbände zudem als Beitrag zu einer neuen Politikgeschichte und zur Geschichte der politischen Kultur in der Bundesrepublik, die den Fokus auf die Aushandlung von Umweltpolitik im städtischen Rahmen legt.³⁹

36 Vgl. Roland Roth / Dieter Rucht (Hrsg.), *Neue Soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn 1987 (= Studien zur Geschichte und Politik, Bd. 252). Im Rahmen einer BP-Gesellschaftsstudie mit politikwissenschaftlicher Perspektive erschien 2013 ein Sammelband, der sich mit zeitgenössischen Protestbewegungen auseinandersetzt und dabei nach den Motiven der AkteurInnen und deren Handlungsstrategien fragt. Vgl. Franz Walter / Stine Marg / Lars Geiges / Felix Butzlaff (Hrsg.), *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?*, Reinbek 2013 (= BP Gesellschaftsstudie).

37 Vgl. Brand, *Umweltbewegung*, 2008, S. 219–244.

38 Vgl. Dieter Rucht, *Zum Stand der Forschung zu sozialen Bewegungen*, in: Jürgen Mittag (Hrsg.), *Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft*, Essen 2014 (= Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Bd. 47), S. 61–88.

39 Vgl. Ute Frevert, *Neue Politikgeschichte: Konzepte und Herausforderungen*, in: Ute Frevert / Heinz-Gerhard Haupt (Hrsg.), *Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung*, Frankfurt a. M. 2005, S. 7–26.

Methodischer Zugang⁴⁰

Politischer Verhaltensstil

Der Fokus der vorliegenden Untersuchung städtischen Umweltschutzes liegt auf bürgerschaftlichen AkteurInnen und Akteursgruppen, ihrem Auftreten und der Form, in der sie ihre Anliegen vorbrachten. Es geht folglich um die Art und Weise, wie sich Engagement und Protest in den Städten konstituierte, welchen Wandlungen die Akteursgruppen unterlagen und wie sich Wahrnehmung und Verhalten im Untersuchungszeitraum entwickelten. In diesem Zusammenhang bietet sich die Untersuchung des politischen Verhaltensstils nach Jens Ivo Engels an.⁴¹ Dieser Zugang legt einen klaren Schwerpunkt auf das Handeln der untersuchten AkteurInnen und Gruppen und erlaubt durch eine mehrdimensionale Perspektive eine Charakterisierung der Untersuchungsgegenstände. Auf diese Weise kann den Handlungsroutinen und oftmals unausgesprochenen Botschaften der politischen Verbände und Bewegungen nachgegangen werden. Diese Aspekte bleiben auf den ersten Blick meist schwer greifbar, tragen jedoch zur Formung und Wirkung von Protest, Engagement sowie behördlichem und politischem

- 40 Wichtige Vorarbeiten zu dieser Studie wurden im Rahmen eines DFG-Forschungsprojektes durchgeführt, das im Verbund mit drei weiteren Einzelprojekten „Wege zur nachhaltigen Entwicklung von Städten“ untersuchte. Als methodische Klammer in diesem Rahmen diente das Konzept des *sozionaturalen Schauplatzes*, das es erlaubt, die klassische Dichotomie zwischen Kultur und Natur zu überwinden. Wenngleich es in der weiteren Darstellung als Analysemodell keine Anwendung findet, so diente es als umweltgeschichtliche Perspektive auf die Beziehungen zwischen Gesellschaft und Natur im stadträumlichen Kontext. Statt einen Gegensatz zu betonen, lenkt es den Blick auf das Zusammenspiel und Ineinandergreifen von Natur- und Umweltdynamiken, kulturellen Wahrnehmungen und Deutungen in einem sich wandelnden Geflecht aus Beziehungen und Normen. Vgl. *Jens Ivo Engels*, DFG-Projektantrag: Protest und Kooperation. Bürgerschaftliches Engagement für den Umweltschutz in der Stadt. Die Beispiele Mainz und Wiesbaden 1960 bis heute; *Jens Ivo Engels / Nina Janich / Jochen Monstadt / Dieter Schott / Ingo Warnke*, Rahmenpapier zum Paketantrag: Wege zur nachhaltigen Entwicklung von Städten. Zentrale Ergebnisse finden sich in: *Engels/Janich/Monstadt/Schott* (Hrsg.), *Nachhaltige Stadtentwicklung*, 2017. Zur Herkunft des Konzepts: *Verena Winiwarter / Martin Schmid*, Umweltgeschichte als Untersuchung sozionaturaler Schauplätze? Ein Versuch, Johannes Colers „Oeconomia“ umwelthistorisch zu interpretieren, in: *Thomas Knopf* (Hrsg.), *Umweltverhalten in Geschichte und Gegenwart. Vergleichende Ansätze*, Tübingen 2008, S. 158–173.
- 41 Vorgestellt und erläutert findet sich das Konzept zunächst hier wieder: *Jens Ivo Engels*, Umweltprotest und Verhaltensstile. Bausteine zu einer vergleichenden Untersuchung von Protestbewegungen, in: *Vorgänge* 42 (2003), H. 4, S. 50–58. Weitere Ausführungen finden sich bei *Jens Ivo Engels*, „Politischer Verhaltensstil“: Vorschläge für ein Instrumentarium zur Beschreibung politischen Verhaltens am Beispiel des Natur- und Umweltschutzes, in: *Franz-Josef Brüggemeier / Jens Ivo Engels* (Hrsg.), *Natur- und Umweltschutz nach 1945. Konzepte, Konflikte, Kompetenzen*, Frankfurt a. M./New York 2005 (= *Geschichte des Natur- und Umweltschutzes*, Bd. 4), S. 184–208. Angewandt auf die Geschichte des Natur- und Umweltschutzes in der Bundesrepublik wurde es von Engels in seiner Habilitationsschrift: *Engels*, *Naturpolitik in der Bundesrepublik*, 2006.

Handeln bei.⁴² Dabei ist davon auszugehen, dass den verschiedenen AkteurInnen und Akteursgruppen jeweils ein gesonderter Stil zugeordnet werden kann.⁴³

Die habitualisierten Handlungen und Stile organisieren nicht nur das Leben, sondern prägen gleichsam Normen und Gefühle der AkteurInnen, so die Annahme. Somit wohnt dem politischen Verhaltensstil auch eine Form der Sinnproduktion inne, so dass die Form des politischen Handelns ebenfalls eine Aussage darüber zulässt, welche Sicht auf die Welt diesem zugrunde liegt.⁴⁴ Neben den kognitiven Aspekten, die sich am Verhaltensstil erforschen lassen, betont Engels zudem die Ebene der Ästhetik und Gefühlswelt. So speichert und verdichtet der politische Verhaltensstil Vorstellungen und Emotionen. Über Kleidung, Sprache oder Umgangsformen werden beiläufig komprimierte Botschaften versendet, die ein Stück weit die Komplexität der Wirklichkeit reduzieren.⁴⁵ Knapp zusammengefasst bedeutet dies für die Untersuchung: „Der Verhaltensstil soll Zusammenhänge von Handlungsweisen, Normen, politischen Weltbildern, aber auch von Ästhetik und Gefühlswelt sichtbar machen.“⁴⁶

Um eine strukturierte Analyse vornehmen zu können, schlägt Engels drei Ebenen vor, zwischen denen in der Betrachtung unterschieden werden kann, wenngleich diese tatsächlich ineinander übergehen und sich überschneiden.

(1) Ziele und Interessen: Politisches Handeln dient dem Erreichen bestimmter Ziele, die aus den Interessen hervorgehen. Doch selbst bei kleineren und punktuell agierenden Initiativen ist es zumeist nicht leicht, die vermeintlich klaren Ziele und Interessen zu identifizieren, die sich im Verlauf der Auseinandersetzung zudem durchaus verschieben können. Vielmehr sind diese Ziele oftmals diffus und vielschichtig. Des Weiteren ist nicht davon auszugehen, dass die Interessen als Ausgangsbasis stets das Handeln bestimmen. Stattdessen können die Routinen des Verhaltensstils einen erheblichen Einfluss auf die Ziele von Gruppierungen haben und die Verlagerung von Interessen bewirken. Ein striktes Agieren der AkteurInnen nach dem Kosten-Nutzen-Prinzip ist daher nicht anzunehmen.⁴⁷

(2) Handlungsformen/Handlungspraxis: Die Ebene der Handlungsweisen bildet den Schwerpunkt bei der Analyse des politischen Verhaltensstils. Gemeint sind all jene Bestandteile, die sich an der sichtbaren Oberfläche abspielen und mit denen AkteurInnen versuchen, ihre Anliegen zu verdeutlichen. Diese manifesten Handlungs-

42 Vgl. Engels, Umweltprotest und Verhaltensstile, 2003, S. 50.

43 Vgl. Engels, „Politischer Verhaltensstil“, 2005, S. 187.

44 Vgl. ebd., S. 189.

45 Vgl. ebd., S. 191.

46 Engels, Naturpolitik in der Bundesrepublik, 2006, S. 24.

47 Vgl. Engels, „Politischer Verhaltensstil“, 2005, S. 192 f. u. Ders., Naturpolitik in der Bundesrepublik, 2006, S. 26.

weisen gehen oftmals mit einer bestimmten Ästhetisierung einher.⁴⁸ Kurz: „Alle politischen Aktionen mit dem Ziel, das (politische) Anliegen zu Gehör zu bringen, bilden die Handlungspraxis.“⁴⁹

Dabei lässt sich zwischen verschiedenen Handlungsbereichen unterscheiden. So ist es möglich, zunächst die *politischen Aktionen* der AkteurInnen in den Blick zu nehmen. Diese können ganz unterschiedlich ausfallen und sich von Kontaktgesuchen an die Behörden und die Verwaltung über Öffentlichkeitsarbeit bis hin zu Demonstrationen und Protesten erstrecken. Zugleich ist die zugrundeliegende *Strategie* zu beachten, die sich etwa in Lobbyarbeit außerhalb der öffentlichen Wahrnehmung ausdrücken oder aber medienwirksamen Modellen folgen kann.⁵⁰ Einen weiteren Untersuchungsgegenstand stellen *Rhetorik* und *Sprache* der AkteurInnen dar. Hier gilt es, die Art und Weise der Mitteilungen zu analysieren. Nicht nur im Inhalt der Anliegen zeigen sich Unterschiede zwischen den verschiedenen Natur- und Umweltschutzgruppen, sondern auch die sprachlichen Stilmittel und häufig wiederholte Topoi stehen mitunter in starkem Kontrast zueinander.⁵¹ Neben den sprachlichen Mustern und Bildern spielt die *Ikonomie* der Gruppen, Verbände und Bewegungen eine gewichtige Rolle. Darin spiegeln sich kulturelle Bezüge und auch die präferierte Strategie wider.⁵²

Zusätzlich zu den nach außen gerichteten Handlungsweisen der Gruppen und Verbände besteht ein bedeutender Anteil des Verhaltensstils aus Aktivitäten, die die *innere Verfasstheit* konstituieren. Dabei handelt es sich unter anderem um die Formen der Organisation und der Entscheidungsstrukturen, die von basisdemokratischen Versammlungen bis hin zu exklusiven Vorstandsbeschlüssen reichen können. Einen weiteren Untersuchungsgegenstand bilden identitätsstiftende *Geselligkeitsformen*. Hier stellt sich die Frage nach gemeinschaftsbildenden Momenten, die je nach Gruppe und Verband variieren können.⁵³

Zuletzt zählen Aspekte der Milieuzugehörigkeit zum politischen Verhaltensstil, d. h., es geht um Elemente der *lebensweltlichen Stilisierung* und *selbst zugeschriebene Rollenbilder*. Dazu zählen etwa Kleidung, Sprache und Umgangsformen sowie ein bestimmtes Konsumverhalten.⁵⁴

48 Vgl. Engels, „Politischer Verhaltensstil“, 2005, S. 193 f. u. Ders., Naturpolitik in der Bundesrepublik, 2006, S. 27.

49 Engels, Umweltprotest und Verhaltensstile, 2003, S. 54.

50 Vgl. Engels, „Politischer Verhaltensstil“, 2005, S. 194.

51 Vgl. Engels, Umweltprotest und Verhaltensstile, 2003, S. 54 u. Ders., „Politischer Verhaltensstil“, 2005, S. 194.

52 Vgl. Engels, Umweltprotest und Verhaltensstile, 2003, S. 54 u. Ders., „Politischer Verhaltensstil“, 2005, S. 194.

53 Vgl. Engels, Umweltprotest und Verhaltensstile, 2003, S. 54 u. Ders., „Politischer Verhaltensstil“, 2005, S. 194 f.

54 Vgl. Engels, Umweltprotest und Verhaltensstile, 2003, S. 54 u. Ders., „Politischer Verhaltensstil“, 2005, S. 195.

(3) Bedeutungsgehalt: Die dritte Ebene besteht aus einem resümierenden Schritt, in dem der Bedeutungsgehalt der o. g. Stilisierungen untersucht wird. Mit dem Verhalten einer bestimmten Gruppe oder eines Verbandes sind immer auch Botschaften verbunden, die bestimmte Teile der Bevölkerung ansprechen und gegenüber anderen Gruppen gleichzeitig ausschließend wirken. Dadurch lassen sich Muster von Inklusion und Exklusion nachzeichnen, die Rückschlüsse auf die soziale Selbstverortung der AkteurInnen erlauben. Auf dieser Ebene lassen sich bewusste Aktionen der Zusammenarbeit und das Schließen von Allianzen ebenso untersuchen wie Formen der bewussten Abgrenzung gegenüber Gruppen mit ähnlichen Zielen, aber einem falschen Stil. Nicht zuletzt ermöglicht diese Ebene, das politische Weltbild der AkteurInnen zu rekonstruieren. Dabei stehen die bevorzugten Formen der Auseinandersetzung, aber auch das Verhältnis gegenüber der politischen Gegnerschaft im Mittelpunkt.⁵⁵

Für den Vergleich und die Darstellung der verschiedenen AkteurInnen und Gruppen liegt es nahe, die einzelnen Ebenen des politischen Verhaltensstils zu einem Profil zu verdichten. Dabei wird auf die Festlegung starrer Kategorien verzichtet, um die Potenziale einer dichten Beschreibung auszuschöpfen.⁵⁶

Der Ansatz des politischen Verhaltensstils als eines undogmatischen Zugangs hat in der Forschung zur Umweltbewegung allgemein eine positive Resonanz hervorgerufen.⁵⁷ Unter anderem verwies Ute Hasenöhr in ihrer Untersuchung der Natur- und Umweltschutzbewegung in Bayern auf dieses Konzept und machte gewinnbringend davon Gebrauch.⁵⁸ Auch in Frank Uekötters kritischer Darstellung zu den Leistungen der Umweltbewegung hat der Begriff vom politischen Verhaltensstil an mehreren Stellen Einzug gehalten, um markante Unterschiede im Auftreten verschiedener Akteursgruppen zu benennen.⁵⁹

Mit dem vorgestellten Zugang des politischen Verhaltensstils lassen sich zahlreiche Aspekte der Fragestellung mit hohem Erkenntnisgewinn analysieren. Dabei gilt es zu klären, ob und wie sich spezifische lokale Verhaltensstile der Akteursgruppen manifestieren und wie diese sich in den Aushandlungsprozessen im Natur- und Umweltschutz niederschlagen.

55 Vgl. Engels, Umweltprotest und Verhaltensstile, 2003, S. 55 u. Ders., Naturpolitik in der Bundesrepublik, 2006, S. 27.

56 Vgl. Engels, Umweltprotest und Verhaltensstile, 2003, S. 55 f.

57 Vgl. hier Rucht, Zum Stand der Forschung zu sozialen Bewegungen, 2014.

58 Vgl. Hasenöhr, Zivilgesellschaft und Protest, 2011.

59 Vgl. Frank Uekötter, Am Ende der Gewissheiten. Die ökologische Frage im 21. Jahrhundert, Frankfurt a. M. 2011.

Inkorporierung und Normalisierung

In der vorliegenden Untersuchung werden Konstellationen und Ereignisse betrachtet, bei denen die verschiedenen Akteursgruppen Konflikte über die Implementierung von Ideen und Forderungen austragen. Hinsichtlich längerfristiger Entwicklungen empfiehlt es sich, dabei die Phänomene der Inkorporierung und Normalisierung in den Blick zu nehmen. Hierbei geht es zum einen darum, den Prozess der Einbeziehung neuer Themen, AkteurInnen und Akteursgruppen in die politischen Abläufe (Inkorporierung) zu untersuchen. Zum anderen soll analysiert werden, wie Protestthemen zu etablierten Aspekten des herrschenden Normensystems werden (Normalisierung).⁶⁰

Besonders die Umweltbewegung bietet sich hier als Untersuchungsgegenstand an, da sie wie keine andere Bewegung die politische Agenda verändern konnte. Es gilt zu klären, wie es gelingen konnte, ein teilweise marginalisiertes Anliegen innerhalb relativ kurzer Zeit zu einem selbstverständlichen Bestandteil der gesellschaftlichen Debatte zu erheben.⁶¹

Bisher ist in diesem Zusammenhang hauptsächlich vom Konzept der Institutionalisierung der Gruppen Gebrauch gemacht worden. Zunächst beschrieb dies im Hinblick auf die Neuen Sozialen Bewegungen eine vermeintlich zwangsläufige Verkrustung und Annäherung an die Meinung der Mitte. Später wurde der Begriff in einem neutraleren Zusammenhang verwendet, um den Übergang der Bewegungen in feste, langfristige Strukturen zu beschreiben.⁶² Die Probleme dieses Zugangs liegen vor allem in der Eindimensionalität des Zuschnitts, bei dem der Blick zu stark auf die Strukturen der Gruppen gerichtet ist.⁶³

Die Vorteile der Begrifflichkeiten Inkorporierung und Normalisierung liegen darin, dass nicht nur diese Bewegungsstrukturen berücksichtigt werden, sondern das gesellschaftliche Umfeld gleichermaßen als ausschlaggebend betrachtet wird. In diesem Konzept sind also sowohl die AkteurInnen in den Initiativen und Gruppen als auch die Gesellschaft enthalten. Besonders in Bezug auf das lokale und städtische Umfeld ergibt

60 Vgl. *Jens Ivo Engels*, „Inkorporierung“ und „Normalisierung“ einer Protestbewegung am Beispiel der westdeutschen Umweltproteste in den 1980er Jahren; in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen* 40 (2008), S. 81–100.

61 Vgl. ebd., S. 81.

62 „Die generelle Annahme, soziale Bewegungen entwickelten sich von einem informellen zu einem formellen Zustand, der als Institutionalisierung das Ende der Bewegungsförmigkeit bedeutet, fand im vorliegenden Fall keine Bestätigung. Zwar konnte eine Institutionalisierungstendenz der neuen sozialen Bewegungen festgestellt werden, doch muß diese Entwicklung aus mehreren Gründen zurückhaltend interpretiert werden [...]“, in: *Dieter Rucht / Barbara Blattert / Dieter Rink*, *Soziale Bewegungen auf dem Weg zur Institutionalisierung. Zum Strukturwandel „alternativer“ Gruppen in beiden Teilen Deutschlands*, Frankfurt a. M./New York 1997, S. 210.

63 Vgl. *Engels*, „Inkorporierung“ und „Normalisierung“, 2008, S. 82 f.

sich hier eine Gelegenheit, das Konzept zu erproben und im kleinen Maßstab mittels dichter Beschreibung zu nutzen.⁶⁴

Für die Phänomene der Inkorporierung und Normalisierung, wie sie sich in besonderem Maße für die Umweltbewegung darstellen, bietet es sich an, dieses Konzept mit dem des politischen Verhaltensstils zu kombinieren. Der Verhaltensstil mit seinen möglichen Erweiterungen und Abwandlungen ist einer der zentralen Faktoren, mit dem sich die Prozesse der Etablierung der Themen Umwelt- und Naturschutz beschreiben und analysieren lassen. Hinzu treten freilich weitere Aspekte wie institutionelle, soziale und ökonomische Rahmenbedingungen, die wiederum von stadtspezifischen Eigenschaften abhängig sind.

Quellen

Zu den wichtigsten Quellen, die zur Beantwortung der Leitfragen herangezogen werden, zählen Veröffentlichungen und Materialien einschlägiger Bürgerinitiativen und im Natur- und Umweltschutz aktiver Gruppen. Dabei handelt es sich unter anderem um Broschüren, Flugblätter und Plakate, mit denen die AktivistInnen für ihre Anliegen warben. Ergänzt wird die Auswahl durch interne Dokumente, wie Protokolle und Schriftverkehr. Der Großteil dieser Unterlagen befindet sich nicht in (öffentlichen) Archiven, sondern lagert bei ehemaligen AktivistInnen und blieb bisher völlig unerschlossen. Der Analyse des Materials ging folglich eine intensive Recherche und Akquise voraus. Zunächst galt es, Beteiligte zu identifizieren, die in den verschiedenen Organisationen und Initiativen aktiv waren. In einigen Fällen blieben mehrmalige Anfragen unbeantwortet oder wurden abgelehnt. Nach telefonischem Kontakt und Anfragen per E-Mail und Post konnten schließlich persönliche Treffen mit 15 Personen arrangiert werden. Nicht selten bedurfte es jedoch mehrerer Anläufe und viel Überzeugungskraft. Nur in wenigen Einzelfällen dienen Aussagen und Einschätzungen aus diesen Treffen allerdings als direkte Belege in der Studie. Auf eine intensivere Einbettung von Oral-History-Elementen wurde verzichtet, da sowohl die Aussagekraft der einzelnen Interviews als auch die für einen gewinnbringenden Einsatz dieser Methode zu geringe Anzahl von GesprächspartnerInnen dies nicht zuließen. Oftmals lieferten die einzelnen Interviews nur sehr fragmentarische Informationen.

Über die Gespräche konnten allerdings wertvolle Schrift- und Bildquellen für die weitere Analyse ausfindig gemacht werden. Auch an dieser Stelle war eine intensive Darlegung des Vorhabens und eine gewisse Beharrlichkeit nötig, um das Vertrauen der Beteiligten zu gewinnen, denn zunächst herrschte bisweilen eine ausgeprägte Skepsis gegenüber dem Interesse an den historischen Quellen und Ereignissen. Unter anderem

64 Vgl. ebd., S. 84 f.

wurden der Datenschutz, aber auch die Sorge vor der Weitergabe strafrechtlich relevanter Unterlagen in diesem Zusammenhang angeführt. Zudem waren die einzelnen Bestände aufgrund der losen Organisationsformen einiger Initiativen mitunter nur von geringem Umfang. Vermeintlich nicht länger relevante oder interessante Unterlagen waren in einigen Fällen im Zuge von Wohnungswechseln entsorgt worden. Dennoch gelang es, über verschiedene private Sammlungen eine Reihe von Materialien ausfindig zu machen, die nun erstmals Eingang in eine wissenschaftliche Studie finden. Einige Bestände wurden leihweise überlassen, andere mussten vor Ort, in Kellern und Wohnzimmern, ausgewertet werden. Anders als bei Behörden und öffentlichen Archiven waren die Unterlagen in der Regel nur rudimentär sortiert und eingeordnet, so dass in einem folgenden Arbeitsschritt die Systematisierung und Chronologisierung der Archivalien erfolgte. Die Recherche und Auswertung der Quellen war daher ein arbeitsintensiver Prozess und bedeutete einen hohen zeitlichen Aufwand. Für eine quellennahe und dichte historische Beschreibung, wie sie zur Beantwortung der Forschungsfragen nötig ist, waren diese Arbeitsschritte jedoch von zentraler Bedeutung.

Ergänzt werden diese Materialien aus privater Hand durch Archivalien aus kommunalen und staatlichen Einrichtungen sowie Sammlungen von Organisationen und Vereinen. Neben regionalen und überregionalen Zeitungen und Zeitschriften wurden vor allem sogenannte Alternativmedien intensiv ausgewertet und in die Darstellung einbezogen. Wenngleich die Auflagen der lokalen und regionalen Tageszeitungen insgesamt über denen der Alternativzeitungen lagen, stellen letztere eine zentrale Quelle für die Darstellungen in einzelnen Kapiteln dar. Ihre Verbreitung und Leserschaft war besonders in den gesellschaftlichen Kreisen hoch, die zu jenem Zeitpunkt wichtige Träger der lokalen Umweltbewegung darstellten. Dem Anspruch folgend, die Entwicklungen und Ereignisse von unten, also ausgehend von den historischen AkteurInnen selbst, zu analysieren, waren diese Quellen von großem Wert. Einerseits enthalten sie eine Fülle von Texten unterschiedlicher Gattungen von Personen und Gruppen, die selbst im Umweltschutz engagiert waren. Andererseits dokumentieren sie zeitgenössische Debatten und Diskurse abseits der gängigen Tageszeitungen in den Städten und erlauben auf diese Weise einen Zugang, der im Rahmen umweltgeschichtlicher Forschung bislang weitestgehend außen vor blieb. Wenn relevante Ereignisse und Entwicklungen (auch) in der etablierten Presse behandelt wurden, finden sich in der Regel auch diese Meldungen in der Darstellung, um die Meinungen und Darstellungen der Alternativmedien gegebenenfalls zu ergänzen und zu kontrastieren. Wie in den betreffenden Kapiteln ausgeführt wird, beanspruchten diese Zeitungen beziehungsweise ihre MacherInnen eine aktive Rolle, die bisweilen weit über die Dokumentation und Kommentierung hinausging. Diese Tatsache wurde bei der Analyse und Darstellung kritisch reflektiert.

Zur Analyse der Entwicklung der kommunalen Umweltpolitik und deren behördlicher Ausgestaltung wurden amtliche Dokumente, wie Sitzungsprotokolle, Korrespondenzen, Planungsunterlagen und Berichte, hinzugezogen. In diesem Zusammenhang offenbarte sich eine Problematik der zeitgeschichtlichen Forschung hinsichtlich der

Archivierung behördlicher Unterlagen. Vielfach war noch keine Abgabe der entsprechenden Ämter und Dezernate an die städtischen Archive erfolgt, so dass der Umfang der Bestände zu einzelnen Phasen deutlich variierte. Dies war einer der Gründe, die die Erweiterung der Studie an ausgewählten Stellen der Arbeit nötig machten und rechtfertigen. Die vorliegenden und ausgewerteten Quellen und Bestände der unterschiedlichen Provenienzen waren in der Folge für die Auswahl der Fallbeispiele und den Zuschnitt einzelner Kapitel ausschlaggebend.

Aufbau und Gliederung

Die zentralen Forschungsfragen und der Zuschnitt der Studie auf ausgewählte Fallbeispiele erfordern eine dichte Beschreibung, die sich nah an den Quellen orientiert. Dies ergibt sich zum einen aus dem Fokus auf die Handlungspraxis und die Ideenwelt der AkteurInnen, die nur auf diese Weise befriedigend erfasst und analysiert werden kann. Zum anderen liegen zu den untersuchten Initiativen, Organisationen, aber auch zu den Städten bisher kaum wissenschaftliche Befunde vor, auf die sich rekurren ließe. Um die politischen Verhaltensstile, deren einzelne Elemente sowie die spezifischen lokalen Hintergründe herauszuarbeiten, war es daher geboten, die Darstellung nah am historischen Quellenmaterial auszurichten. Der Aufbau der Arbeit orientiert sich somit in erster Linie an den Beständen, die nach intensiver Recherche an verschiedenen Orten zur Auswertung herangezogen werden konnten. Dies hat zur Folge, dass in einigen Abschnitten beide Untersuchungsstädte und die Vergleichsstadt Freiburg behandelt werden, während in anderen Kapiteln der Fokus auf einzelnen Akteursgruppen beziehungsweise ausgewählten Schauplätzen und Konflikten liegt. Insgesamt ergibt sich so eine Darstellung, die einerseits den gesamten Untersuchungszeitraum abdeckt und größere Entwicklungslinien aufzeigt. Mit der Konzentration auf einzelne Organisationen und Auseinandersetzungen andererseits erlaubt die gewählte Form Analysen, die an spezifischen Beispielen das Handeln, Auftreten und zugrundeliegende Strategien der beteiligten AkteurInnen identifizieren.

In sieben Hauptkapiteln werden die Entwicklungen des kommunalen Umweltschutzes und des bürgerschaftlichen Engagements in den Untersuchungsstädten und der umliegenden Region nachgezeichnet. Der Fokus liegt auf den Darstellungen zu Mainz und Wiesbaden, die an verschiedenen Stellen durch Analysen zu Freiburg ergänzt und kontrastiert werden. In Kapitel 2 war dies nötig, um die fehlende Quellenbasis zu Wiesbaden auszugleichen. Die Befunde zu Freiburg tragen gemeinsam mit den Ergebnissen zu Mainz zu einem ausgewogeneren Bild bei und ermöglichen, gemeinsame Entwicklungen und städtetypische Spezifika hervorzuheben. In den Kapiteln 4 und 6 findet sich am Ende jeweils ein Exkurs zu vergleichbaren Phänomenen, die auch in Freiburg zu beobachten waren. Sie dienen zur Einordnung der Ergebnisse zu den beiden zentralen Untersuchungsstädten. Im abschließenden Kapitel (7) nimmt das Fallbeispiel Freiburg

mehr Raum ein. Es widmet sich zum Schluss der Frage, wie gerade dort der Aufstieg zur „Ökohauptstadt“ gelang.

Die Darstellung erfolgt zunächst chronologisch und behandelt die Prozesse und Ereignisse in ihrer zeitlichen Abfolge. Die einzelnen Kapitel setzen thematische Schwerpunkte, in denen zentrale Gruppierungen, Protestereignisse und Entwicklungen dargestellt werden. In der Gesamtheit ergibt sich somit ein Erzählstrang, der in den 1960er Jahren einsetzt und bis in die 1990er Jahre reicht. Bestimmte Phasen werden dabei in mehreren Abschnitten der Arbeit behandelt, so dass sich überlappende Zeitfenster bilden, in denen gravierende Entwicklungen kulminieren. Nach den einzelnen Kapiteln folgt jeweils ein Zwischenfazit, das die Darstellung knapp zusammenfasst und die wichtigsten Entwicklungen herausstellt.

Das erste Kapitel bietet zunächst einen Einblick in die Geschichte der drei Untersuchungsstädte. Um die Entwicklungen im Natur- und Umweltschutz einordnen zu können, ist eine Kontextualisierung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten vonnöten. Der Fokus liegt hier auf der Nachkriegszeit und dem Umgang mit Fragen der Stadtentwicklung. Anhand von Beispielen aus Mainz und Wiesbaden wird deutlich, wie unterschiedlich die Startbedingungen ausfielen und welche Rolle die materielle und naturräumliche Ausstattung spielte. Dabei wird gezeigt, welchen Ansätzen die Verantwortlichen in den Städten in der vorökologischen Zeit folgten. Im Zentrum der Überlegungen standen städtebauliche Lösungen, die mithilfe grüner Akzente die (Innen-)Städte aufwerten sollten und zugleich ein wirtschaftliches Wachstum nicht unterbanden. Während Probleme, die später in den Bereich des Umweltschutzes fielen, durchaus identifiziert wurden, pflegten die Verantwortlichen bei der Problemlösung einen pragmatischen Umgang, was bisweilen schlicht eine Problemumgehung bedeutete. Grundsätzlich waren in beiden Städten in dieser Phase optimistische und fortschrittsorientierte Perspektiven handlungsleitend. Auf bürgerschaftlicher Ebene wurden (Umwelt-)Belastungen und Belästigungen bei eigener Betroffenheit zwar registriert und bei der kommunalen Verwaltung angemahnt, aber weder in Mainz noch in Wiesbaden durch eine integrierte Wahrnehmung oder eine Vernetzung der AkteurInnen untereinander begleitet.

Das folgende Kapitel richtet den Fokus auf die frühen 1970er Jahre. Mithilfe von Analysen zu Freiburg und Mainz wird gezeigt, wie sich die Entdeckung des Umweltschutzes in den Städten niederschlug. Wenngleich sich die Problemlagen etwa bei der Wasser- und Luftreinhaltung zu dieser Zeit nicht drastisch veränderten, bedeutete die Etablierung der Umweltpolitik und des Konzeptes vom Umweltschutz eine einschneidende Veränderung. Zum einen mussten die Städte das neue Aufgabenfeld in die kommunale Politik und Verwaltung integrieren und zum anderen auf eine veränderte Wahrnehmung und Anspruchshaltung der Bevölkerung reagieren. Die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung betrachteten den Umweltschutz zu dieser Zeit nicht selten als ihre Herausforderung und gaben sich handlungsentschlossen. Aus dieser Perspektive galt es, die Bevölkerung über den Schutz der Umwelt aufzuklären und neue

Wahrnehmungen, Aufgaben und Handlungsweisen zu vermitteln. Bei Veranstaltungen und in Publikationen wurde der Öffentlichkeit das Konzept vor allem in Verbindung mit ästhetischen Gesichtspunkten und einer Fixierung auf Sauberkeit vorgestellt. Anhand von Korrespondenzen bürgerschaftlicher AkteurInnen und Gruppen mit der Stadt Freiburg lässt sich allerdings zeigen, dass bei ihnen bereits in dieser Frühphase des Umweltschutzes spezifische eigene Vorstellungen und Rezeptionen verbreitet waren. Bisweilen offenbarte sich noch ein diffuser Umgang mit den Begrifflichkeiten, doch manche Einzelpersonen und Gruppen verstanden es bereits, eigene Anliegen mit dem Thema zu verknüpfen. Wenngleich Initiativen, die sich dezidiert und ohne einen unmittelbaren Anlass dem Umweltschutz widmeten, noch die Ausnahme waren, kann am Beispiel von Freiburg das Auftreten einer solchen Gruppe analysiert werden. Die Städte waren also zugleich mit einem gesteigerten Engagement in der Bürgerschaft konfrontiert, die einen besseren Schutz ihrer Umwelt einforderte.

Der Fall einer mehrjährigen Auseinandersetzung um eine Druckerei in Mainz verdeutlicht ein grundsätzliches Dilemma der Kommunen. Während sie als erste Ansprechpartnerinnen und mutmaßlich Verantwortliche von der betroffenen Bevölkerung in die Pflicht genommen wurden und sich Kritik ausgesetzt sahen, lagen die Kompetenzen nicht selten bei übergeordneten Stellen. Zugleich lässt sich an diesem Beispiel untersuchen, wie Betroffene von Umweltbelastungen in der ersten Hälfte der 1970er Jahre auftraten, sich organisierten und gegenüber der Stadt verhielten.

Während es sich dabei um sogenannte Ein-Punkt-Initiativen handelte, wird in Kapitel 3 mit dem *Deutschen Bund für Vogelschutz* (DBV, später NABU) eine Organisation in den Blick genommen, die Mitte der 1970er Jahre bereits auf eine lange Tradition und Geschichte im Tier- und Naturschutz zurückblicken konnte. Am Beispiel der Ortsgruppe Mainz wird die Entwicklung eines klassischen Verbandes angesichts sich verändernder Rahmenbedingungen analysiert. Innerhalb weniger Jahre war es dort gelungen, aus einer Stadtteilgruppe eine mitgliederstarke und einflussreiche Naturschutzorganisation in Mainz und Umgebung zu etablieren. Anhand bisher unerschlossener Quellenbestände kann hier über viele Jahre hinweg dokumentiert und untersucht werden, *wie* sich ein solcher Verband innerhalb einer Stadt organisierte, *wie* Mitglieder geworben wurden, *wie* interne Abläufe geregelt und *wie* und mit welchen Strategien Ziele verfolgt wurden. Materialien zu vergleichbaren Gruppen in Mainz, Wiesbaden und Freiburg liegen nicht vor. Die Darstellung der Mainzer Gruppe steht bis zu einem gewissen Grad jedoch exemplarisch für die Entwicklung, die die großen Verbände im Untersuchungszeitraum vollziehen. Der Blick auf die unterste Einheit einer solchen Naturschutzorganisation fördert zugleich Dissonanzen und Singularitäten innerhalb der Organisation, aber auch der Natur- und Umweltschutzbewegung insgesamt zutage, die bislang in der Forschung, die sich auf die Landes- und Bundesebene konzentrierte, unterrepräsentiert blieben. In diesem Kapitel wird der zeitliche Rahmen bewusst weiter gesteckt, da sich so die Evolution einer Gruppe in den unterschiedlichen Phasen der Untersuchung analysieren lässt. Zugleich kann am Beispiel des DBV/NABU in Mainz

gezeigt werden, dass und wie spezifische Entwicklungen auch konträr zu den allgemeinen Trends verlaufen können. Während die Forschung zu den großen Verbänden in der Regel strukturelle Elemente betont, zeigt sich auf lokaler Ebene der Einfluss von Einzelpersonen und Kleingruppen. Trotz aller Besonderheiten repräsentiert der örtliche Ableger des Tier- und Naturschutzverbandes ein bestimmtes Milieu und einen damit verbundenen Verhaltensstil.

Wie in Kapitel 4 gezeigt wird, formierte sich zur Mitte der 1970er Jahre in allen drei Untersuchungsstädten zugleich eine neue Trägergruppe im Umweltschutz. Als Teil der Neuen Sozialen Bewegungen entstand eine Vielzahl von Bürgerinitiativen, Arbeitskreisen und Gruppen, die sich dem Umweltschutz verschrieben hatten. Vor allem im Vergleich zu den klassischen Naturschutzverbänden pflegten sie einen veränderten politischen Verhaltensstil, der sich auf vielen Ebenen von bisher bekannten Zielen, Strategien, Organisationsformen und nicht zuletzt der Praxis unterschied. In und um Freiburg bildete sich rund um den Protest gegen ein geplantes AKW in Wyhl früh eine Anti-AKW- und Umweltbewegung, die sich als stark vernetzt und langlebig darstellte. Während besonders diese Region und diese Gruppen eine hohe Aufmerksamkeit in der historischen und soziologischen Forschung erfuhren, blieben viele andere Städte und Regionen in diesem Zusammenhang bisher ein blinder Fleck. Daher liegt der Fokus in diesem Kapitel auf den Entwicklungen in Mainz und Wiesbaden und der Rhein-Main-Region. Auch hier formierten sich ab der Mitte der 1970er Jahre ein linksalternatives Milieu und eine Reihe von bürgerschaftlichen Organisationen der sogenannten Neuen Sozialen Bewegungen. Vor allem Initiativen für den Umweltschutz und gegen die Nutzung der Atomenergie traten zunehmend öffentlichkeitswirksam und meinungsstark in den beiden Landeshauptstädten auf. Deren Auftreten und milieuspezifisches Umfeld sowie ihre Vernetzungs- und Proteststrategien werden daher eingehend beleuchtet und analysiert. Anhand mehrerer Themen und Schauplätze wird dabei gezeigt, wie das Milieu im Allgemeinen und die Umweltinitiativen im Speziellen auftraten und Stellung bezogen. Die untersuchten Gruppen bewegten sich dabei in einem Spannungsfeld zwischen lokaler Verortung und globalem Anspruch.

Bewusst wird in diesem Kapitel der Fokus auf Konflikte und Debatten gelegt, die bislang nur eine geringe Aufmerksamkeit erfuhren und in ihrem Verlauf keine spektakulären Wendungen oder Protestereignisse darstellen. Sie repräsentieren auf diese Weise alltägliche Formen bürgerschaftlichen Engagements dieser Gruppen. Mit dem Protest gegen das Atomkraftwerk (AKW) Biblis wird zugleich ein Schauplatz in den Blick genommen, der bislang im Rahmen historischer und soziologischer Studien zur Anti-Atomkraft-Bewegung kaum eine Rolle spielte. Anhand dieses Falls kann nicht nur gezeigt werden, wie die städtischen Initiativen in Mainz und Wiesbaden Proteste und Diskurse auf mehreren Ebenen wahrnahmen und diese zu verknüpfen verstanden, sondern auch eine notwendige Ergänzung und Kontrastierung der gängigen Protestgeschichte vorgenommen werden, die sich in der Vergangenheit auf einen Kanon an Auseinandersetzungen konzentriert hat.

Zum Abschluss werden die Entwicklungen in und um Freiburg zu jener Zeit zusammengefasst. Die dortigen Konflikte sorgten für eine beachtliche Mobilisierung und Aktivierung bürgerschaftlichen Engagements in der Stadt und im Umland, das mit der Ausbildung eines starken linksalternativen Milieus und einer Alternativbewegung korrelierte. Im Vergleich zu Mainz und Wiesbaden ist auffällig, wie vergleichsweise früh und intensiv dort eine Verankerung des Umweltschutzes auf bürgerschaftlicher Ebene erfolgte, die weit über das linksalternative Milieu hinausreichte.

Das folgende Kapitel 5 widmet sich dezidiert zwei Auseinandersetzungen und Protestereignissen im Rhein-Main-Gebiet, die mit der zivilen und militärischen Luftfahrt verbunden waren. Es handelt sich dabei zum einen um den Bau der Startbahn West am Flughafen Frankfurt und dessen Erweiterung und zum anderen um die Reaktivierung des US-Militärflugplatzes in Wiesbaden-Erbenheim. Obgleich in beiden Fällen der Auslöser von Gegnerschaft und Protest jeweils in Verbindung mit einem Flughafen stand, unterschieden sich die Verläufe stark voneinander.

Gegen den Bau der Startbahn West organisierte sich zunächst ein lokal begrenzter Widerstand in den unmittelbar betroffenen Gemeinden. Zum Ende der 1970er Jahre formierte sich jedoch eine regionale Protestbewegung, die mit ihren Aktivitäten für bundesweite Aufmerksamkeit sorgte. Die Auseinandersetzungen, die von beiden Seiten im weiteren Verlauf ideologisch aufgeladen wurden, bilden eines der zentralen Protestereignisse in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik. Wiesbaden als hessische Landeshauptstadt und Sitz der verantwortlichen Landesregierung kam dabei eine wichtige Bedeutung zu. Nicht nur war die Stadt Schauplatz vieler Demonstrationen, Kundgebungen und Aktionen, sondern die lokale Umweltbewegung war gemeinsam mit Mainzer AktivistInnen auf vielen Ebenen in die Organisation der Anti-Startbahn-Bewegung eingebunden und gestaltete den Protestverlauf und dessen Ausrichtung maßgeblich mit.

Trotz der Bedeutung des Konfliktes, der bundesweite Aufmerksamkeit auf sich zog, hat dieser in der historischen Forschung bislang eine untergeordnete Rolle gespielt. In der Regel standen die Ereignisse und Entwicklungen an und um den eigentlichen Bauplatz im Mittelpunkt. Mit dem Fokus auf beteiligte AkteurInnen aus Mainz und Wiesbaden und deren Vorgehen sowohl in den Städten als auch rund um den Bauplatz erfährt die Geschichtsschreibung in diesem Zusammenhang eine notwendige Erweiterung. Es wird deutlich, dass der Protest eine spezifische regionale Dimension besaß und AktivistInnen aus Mainz und besonders Wiesbaden dabei lange Zeit eine entscheidende Rolle spielten.

Während die Auseinandersetzung an der Startbahn durch vielfältige Protest- und Widerstandsformen und zunehmend auch durch Zerstörungsaktionen, Sabotage und Gewalt geprägt war, wurde das Engagement gegen die Reaktivierung des Flugplatzes in Erbenheim vor allem auf politischer Ebene in Wiesbaden und später auch beim Land und Bund ausgetragen. Die Bürgerinitiativen hier setzten trotz eines ähnlich gelagerten Problems auf ein anderes Auftreten und verfolgten Strategien, die sich an öffentlichen

Veranstaltungen, Presseveröffentlichungen und parteipolitischer Arbeit orientierten. Obwohl beide Konflikte stellenweise parallel verliefen, fand kaum Austausch zwischen den beteiligten AkteurInnen statt. Das Beispiel Erbenheim zeigt damit auch, wie sich in einer Stadt und Region Konflikte zwar zur selben Zeit abspielten, dabei aber stark voneinander abweichende Strategien verfolgt und Verhaltensstile ausgelebt wurden.

Im Rhein-Main-Gebiet profitierte Anfang der 1980er Jahre die neue Partei *Die Grünen* besonders von der Auseinandersetzung um die Startbahn West. Ebenso wie andernorts wurden in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre im Alternativmilieu und der Umweltbewegung in allen drei Untersuchungsorten Überlegungen angestellt, ob und wie eine politische Interessenvertretung in Form von Wahlbündnissen und Parteien zur Verfolgung der eigenen Anliegen infrage komme. In Kapitel 6 werden zunächst am Beispiel von Wiesbaden diese Debatte und ihre praktischen Auswirkungen dargestellt und analysiert. Während sich einige Initiativen dort von Beginn an kritisch zeigten und die Beteiligung an Wahlen grundsätzlich ablehnten, sah ein Teil der Alternativ- und Umweltbewegung in ihnen eine adäquate Möglichkeit, seine politischen Ansätze in der Stadt zu verwirklichen. Die Analyse der Entwicklung einer gemeinsamen Wahlplattform legt dabei die Heterogenität und widersprüchlichen Interessen und Strategien offen, die die Beteiligten umtrieben. Die Gründung des Kreisverbandes der *Grünen* ging in Wiesbaden beispielsweise von einem gemäßigt-konservativen Flügel der lokalen Umweltbewegung aus, der nur eine geringe Anbindung an die zuvor maßgeblichen Initiativen aufwies. Dennoch gelang es zunächst, die unterschiedlichen Strömungen in einer Liste zusammenzufassen. Am Beispiel Wiesbadens wird gezeigt, wie sich vor allem aufgrund interner Differenzen innerhalb des Bündnisses die *Grünen* durchsetzen und die alternativ und ökologisch motivierten Kräfte an sich binden konnten, die ein Interesse an kommunalpolitischer Beteiligung hegten. Diese Entwicklung steht damit durchaus exemplarisch für grüne und alternative Wahlbeteiligungen auch in anderen Städten. Mit dem Einzug in die Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung 1985 und der unmittelbaren Beteiligung an einer rot-grünen Koalition endet die Analyse bürgerschaftlichen Engagements im Umweltschutz in Wiesbaden.

In Mainz wurde die Debatte um die adäquate Form der Wahlbeteiligung kürzer und weniger intensiv geführt, nahm aber in den Grundzügen einen vergleichbaren Verlauf wie in Wiesbaden. Entsprechend konzentriert sich die Analyse auf die zentralen Entwicklungen. Zum Abschluss des Kapitels werden die Verhältnisse in Freiburg in der ersten Hälfte der 1980er Jahre in den Blick genommen. Eine starke Alternativ- und Umweltbewegung und niedrigere Hürden für den Einzug in den Gemeinderat hatten hier bereits 1980 sowohl den *Grünen* als auch der *Bunten Liste* Sitze im Stadtparlament eingebracht. Letztere verlor jedoch aufgrund mutmaßlich sektiererischen Gebarens den Rückhalt in der Basis, so dass sie bei den folgenden Wahlen keine Rolle mehr spielte. Die *Grünen* konnten indes beachtliche Wahlerfolge und Stimmzugewinne für sich verbuchen. Auch hier konzentriert sich die Darstellung auf einzelne Kernelemente,

anhand derer sich die beschriebenen Entwicklungen in Wiesbaden und Mainz kontrastieren lassen.

Mit dem Einzug der *Grünen* respektive *Grüner/Bunter Listen* in die Stadtparlamente veränderten sich im Laufe der 1980er Jahre die politischen Kräfteverhältnisse in Mainz, Wiesbaden und Freiburg. Ein Teil der bürgerschaftlichen Bewegung im Umweltschutz verfolgte durchaus weitreichende Ziele in der kommunalen Umweltpolitik. In Kapitel 7 wird daher nochmals der Fokus auf die Kommunen, die Politik und Verwaltung gelenkt. Von Beginn an war mit dem Aufgabenfeld Umweltschutz auch der Anspruch verbunden, die Bevölkerung zu aktivieren und zu sensibilisieren. Abseits von Auseinandersetzungen und Protesten inszenierten städtische Verwaltungen und kommunalpolitische Gremien in diesem Zusammenhang spezielle Veranstaltungen und Aktionen, um ein gesteigertes Bewusstsein für das Thema zu schaffen und gefälliges bürgerschaftliches Engagement zu würdigen. Die jeweilige Form und Stoßrichtung dieser Events wiederum konnte verschieden ausfallen und war nicht selten durch knappe kommunale Kassen beschränkt. Nach der Entdeckung des Umweltschutzes durch die und in den Kommunen folgte zur Mitte der 1970er Jahre eine stärkere Integration des Themas sowohl auf der Ebene der Stadtpolitik und der Verwaltung als auch im Bereich der Planung und Gestaltung. Wenngleich die einzelnen Städte hier unterschiedliche Akzente setzten, lassen sich doch ähnliche Entwicklungen beobachten. Wie gezeigt wird, vollzog sich der Aufstieg Freiburgs zur „Ökohauptstadt“ tatsächlich erst zur Mitte der 1980er Jahre und ist vor allem auch Ergebnis bürgerschaftlichen Engagements.

In einem abschließenden Kapitel werden die zentralen Befunde der Untersuchung zusammengefasst, übergeordnete Entwicklungen dargestellt und in einen größeren Kontext eingebettet.

1. Geschichte und Stadtentwicklung

1.1 Mainz

Die Ausgangslage für die künftige Entwicklung der Stadt Mainz stellte sich in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg als durchaus prekär dar.¹ Als der Rhein zur Zonen-
grenze erklärt wurde, verlor Mainz seine rechtsrheinischen Stadtteile und damit rund
die Hälfte der Fläche und etwa 40.000 EinwohnerInnen. Einige der ehemaligen Stadt-
teile waren von nun an selbstständige Gemeinden, während die sogenannten AKK-Orte
Amöneburg, Kastel und Kostheim in Wiesbadener Verwaltung gegeben wurden. Diese
Teilung schmerzte besonders aus Sicht der städtischen Finanzen, da mit den genannten
Stadtteilen wichtige und steuerlich einträgliche Industriegebiete verloren gingen.² Die
französische Verwaltung traf zu dieser Zeit jedoch zwei Entscheidungen, die sich als
richtungsweisend für Mainz erwiesen und politische und kulturelle Wegmarken setz-
ten. Zum einen handelte es sich um die Ernennung zur Landeshauptstadt, in der ab
1951 auch der Landtag seinen festen Sitz hatte. Zum anderen war es die Neugründung
der Universität im Sommer 1946, ohne die der Aufstieg der Stadt wohl anders verlaufen
wäre – auch wenn Mainz keine typische Universitätsstadt geworden ist.³

Während die 1950er Jahre aus Sicht der Kommunalpolitik und der Bevölkerung auf-
grund der andauernden Anstrengungen und Probleme beim Wiederaufbau ambivalent
zu bewerten waren, brachte das folgende Jahrzehnt einen deutlichen Entwicklungs-

- 1 Vgl. *Peter Claus Hartmann*, Kleine Mainzer Stadtgeschichte, Regensburg 2005, S. 139; *Franz Dumont / Ferdinand Scherf*, Mainz seit 1945, in: *Dies.* (Hrsg.), Mainz – Menschen, Bauten, Ereignisse. Eine Stadtgeschichte, Mainz 2010, S. 184 f. Siehe zur Geschichte der Stadt Mainz von vorchristlichen Zeiten bis 1945 den o. g. umfassenden Sammelband von *Dumont/Scherf*, Mainz seit 1945, 2010 sowie für die Zeit des Nationalsozialismus: *Stadt Mainz* (Hrsg.), Der Nationalsozialismus in Mainz 1933–1945. Terror und Alltag, Mainz 2008 (= Beiträge zur Geschichte der Stadt Mainz, Bd. 36).
- 2 Vgl. *Constanze Bückner / Andreas Hoppe*, Kartierte Städte. Mainz und Wiesbaden im Spannungsfeld von Naturraum und Vergesellschaftung, Frankfurt a. M. 2012, S. 36; *Dumont/Scherf*, Mainz seit 1945, 2010, S. 184 f. Siehe zur Teilung der Stadt und der anhaltenden Versuche, diese rückgängig zu machen: *Eike-Christian Kersten*, Mainz – die geteilte Stadt, Ubstadt-Weiher 2014 (= Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für die Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 30).
- 3 Vgl. *Dumont/Scherf*, Mainz seit 1945, 2010, S. 186 f.